

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 28. Juni 2007, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Werner Wunderlin, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 47
Mitglieder des Gemeinderates: 7
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber
Martin Frey, Finanzverwalter
Franz Hard, Schulpflegepräsident
Rudolf Meier, Geschäftsleiter EWW

Protokoll: Sibylle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Entschuldigt: Cornelia Arnold, Mitglied des Einwohnerrates, SP
Christoph Gähler, Mitglied des Einwohnerrates, FDP
Markus Widmer, Mitglied des Einwohnerrates, FDP

- Traktanden:
- 1.1 Inpflichtnahme von Markus Bader (anstelle des zurückgetretenen Stefan Meier)
 - 1.2 Ersatzwahl von Werner Meister als Mitglied der Finanzkommission (anstelle des zurückgetretenen Thomas Bodmer)
 2. Protokoll der Sitzung vom 3. Mai 2007
 - 3.1 Einbürgerung; Berisha Safete, geb. 6. September 1979, und Berisha Naser, geb. 29. August 1975, beide serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Ahornweg 5
 - 3.2 Einbürgerung; Cupeljic Pero, geb. 1. Mai 1965, Cupeljic-Momcicevic Novka, geb. 22. Juli 1970, Cupeljic Miroslav, geb. 5. Januar 1994, und Cupeljic Ivana, geb. 30. Mai 2001, alle bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Hardstrasse 53
 - 3.3 Einbürgerung; Dakaj-Pintolli Sahide, geb. 29. Juli 1963, Dakaj Ramiz, geb. 1. Januar 1958, Dakaj Krenar, geb. 23. November 1990, Dakaj Qazim, geb. 5. Februar 1992, und Dakaj Kreshnik, geb. 29. September 1994, alle serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Hardstrasse 37
 - 3.4 Einbürgerung; Miloradovic Slobodan, geb. 11. Februar 1965, Miloradovic-Nikodijevic Snezana, geb. 11. August 1969, Miloradovic Jovica, geb. 7. Juli 1989 und Miloradovic Jovana, geb. 17. Mai 1991, alle serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Büntstrasse 4

- 3.5 Einbürgerung; Morina Mihrije, geb. 17. November 1981, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Winkelriedstrasse 34
- 3.6 Einbürgerung; Sugunalingam Luxshiya, geb. 13. November 1994, sri-lankische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Bifangstrasse 81
- 3.7 Einbürgerung; Zivkovic Tihomir, geb. 29. November 1960, kroatischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Dorfstrasse 11
4. Verwaltungsrechnung 2006
5. Rechenschaftsbericht 2006
6. Finanzpolitische Vorstösse
 - 6.1 Postulat Patrick Bürgi, Beat Brunner und Roland Brühlmann vom 1. März 2007 betreffend Prüfung Reduktion des Steuerfusses um 3 % per 1. Januar 2008; Entgegennahme
 - 6.2 Postulat Patrick Bürgi, Beat Brunner und Roland Brühlmann vom 3. Mai 2007 betreffend Prüfung Reduktion des Steuerfusses um 5 % per 1. Januar 2008; Entgegennahme
 - 6.3 Motion SVP-Fraktion vom 3. Mai 2007 betreffend Reduktion des Steuerfusses um 5 % per 1. Januar 2008; Entgegennahme als Postulat
7. Kreditbegehren von Fr. 442'500.00 für die Erneuerung der Kanalisationsanlagen, Werkleitungen und Strassenwiederinstandstellung Altenburgstrasse (Zentral-/Mytenstrasse)
8. Kreditbegehren von Fr. 5'730'000.00 für die Sanierung und Neugestaltung der Umgebungen in den Schulanlagen der Gemeinde Wettingen
10. Interpellation Stefan Signer vom 7. Dezember 2006 betreffend Cablecom; Beantwortung
11. Motion Werner Hartmann vom 1. März 2007 betreffend Gratisabgabe von Jahresabonnements tägi an das Gemeindepersonal; Entgegennahme als Postulat
12. Postulat Fraktion SVP vom 3. Mai 2007 betreffend Publikation der Fraktionsberichte auf der Homepage der Gemeinde; Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung

0. Mitteilungen

0.a Rechtskraft

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 3. Mai 2007, die dem fakultativen Referendum unterstanden haben, sind in Rechtskraft erwachsen.

0.b Neueingänge

0.b.a Motion Dr. Charles Meier vom 28. Juni 2007 betreffend Anpassung der Entschädigung des Einwohnerrates

Der Gemeinderat wird ersucht, dem Einwohnerrat vor Jahresende 2007 Bericht und Antrag zu einer Anpassung der Einwohnerratsentschädigung ab 2008 zu unterbreiten.

Begründung

1. Seit Januar 1990 bin ich Mitglied des Einwohnerrates. Bei Antritt des Mandates betrug die Entschädigung pro Sitzung Fr. 80.00. Nach 12 Jahren wurde sie im Jahre 2002 auf Fr. 100.00 (+ 12.5 %) angehoben; im Zeitraum 1990 bis 2007 betrug die jährliche Erhöhung im Schnitt somit rund 0.7 %.

Unter Einbezug von a) Aktenstudium, b) Fraktionssitzung, c) kurze Vorbereitungs-Sitzung vor der Einwohnerratssitzung und d) Einwohnerratssitzung beträgt der Arbeitsaufwand bei seriöser Mandatsausübung für jede Einwohnerratssitzung ca. 9 - 10 Stunden; die Pauschale von Fr. 100.00 pro Sitzung entspricht somit einem Stundenlohn von ca. Fr. 10.00 bis Fr. 11.00 bzw. etwa 40 % des üblichen Lohnes einer Raumpflegerin.

2. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sind somit die billigsten Arbeitskräfte in der Gemeinde, obwohl das Gemeindeparlament formell als die höchste Instanz in der Gemeinde betrachtet wird. Traditionell wurde das Amt eines Einwohnerrates als "Ehrenamt" bezeichnet und im Volk herrschen zum Teil romantische Vorstellungen über die Privilegien von Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten. Für die Mehrzahl der Ratsmitglieder bedeutet das Einwohnerratsamt in der Praxis jedoch zusätzliche Arbeit nach Feierabend, Abwesenheit von der Familie und "Abhandlung" in der Lokalpresse.
3. Wie schlecht der Einwohnerrat bezahlt ist, zeigt auch ein Vergleich mit den Pauschal- bzw. Stundenansätzen gemäss der Verordnung über die Entrichtung von Taggeldern und Sitzungsentschädigungen der gemeinderätlichen Kommissionen vom 6. Januar 1994 sowie mit der Verordnung über die Besoldung des Gemeindeammanns, des Vizeammanns und der übrigen Mitglieder des Gemeinderates für die Amtsperiode 2002 – 2005:

Vergleichbare Ansätze:

§ 2 der Verordnung vom 6. Januar 1994 = ca. Fr. 50.00 pro Stunde
§ 3 Zuschlag für Sitzungspräsidium oder Protokoll Fr. 40.00, für Gemeindeangestellte Fr. 20.00

§ 5 Bei Verdienstausschluss durch seine Tätigkeit für die Gemeinde: zusätzliche Entschädigung bis höchstens Fr. 200.00 pro Tag.

§ 7 Wahlbüro an Werktagen: Fr. 30.00 pro Stunde; an Sonntagen Fr. 40.00 pro Stunde

4. Bei der Feuerwehr beträgt die Entschädigung pro Einsatzstunde gemäss Artikel 1 des Rahmentarifes vom 4. Dezember 1997 je nach Dienstgrad Fr. 40.00 bis Fr. 70.00 pro Stunde.
5. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte befassen sich grundsätzlich mit der gleichen Materie wie der Gemeindeammann und die Gemeinderäte. Die Entschädigungen von Gemeindeammann und Gemeinderäte sind in der Verordnung vom 5. April 2001 wie folgt festgelegt:

Gemeindeammann: Fr. 230'000.00
Vizeammann Fr. 45'000.00
Gemeinderäte Fr. 35'400.00

Geht man von einer nominellen Netto-Jahres-Arbeitszeit von 1'900 Stunden für den Gemeindeammann und von 752 Stunden für die Gemeinderäte aus, ergeben sich folgende Entschädigungen pro Arbeitsstunde:

Gemeindeammann rund	Fr. 121.00
Gemeinderäte rund	Fr. 47.00

Auch aus dieser Sicht ist somit die Entschädigung des Einwohnerrates unterproportioniert.

6. Die Gesamtkosten des Einwohnerrates in Relation zum Budgetumsatz sind irrelevant. Sie betragen im Jahre 1998 0.412 % und sind dann ab 1999 regelmässig zurückgegangen, im Jahre 2006 betrug der Anteil gerade noch 0.295 %! Zwar wurde die Entschädigung des Einwohnerrates an der Sitzung vom Januar 2006 bereits festgelegt; Gemeinderat und Einwohnerrat sind jedoch meines Erachtens befugt, auf den damaligen Entscheid nochmals zurückzukommen.
7. Es ist in der heutigen Zeit sehr schwierig geworden, für eine ehrenamtliche politische Tätigkeit kompetente Kandidatinnen und Kandidaten zu finden. Junge und Mid-Career-Leute, die im Berufsleben voll gefordert werden und ihre Zeit zwischen Beruf, Familie, Sport u.a.m. aufteilen müssen, kann man mit einer Nettoentschädigung in Höhe von 40 % eines Raumpflegerinnen-Stunden-Lohnes nicht mehr für eine Kandidatur gewinnen. Falls der Gemeinderat tatsächlich Interesse an einem kompetenten Einwohnerrat hat, müsste er die Dringlichkeit einer besseren Entschädigung des Einwohnerrates einsehen und zur Tat schreiten.

0.c Mitteilung betreffend Aktenauflage Einwohnerrat

Die Aktenauflage findet künftig in einem freien Sitzungszimmer im Rathaus statt. Die Unterlagen können wie bis anhin beim Empfang resp. der Polizei abgeholt werden. Die Einwohnerräte werden in das Sitzungszimmer begleitet.

1.1 Inpflichtnahme von Markus Bader (anstelle des zurückgetretenen Stefan Meier)

Markus Bader (SVP) wird durch Leistung des Amtsgelübdes für die Amtsperiode 2006/2009 in Pflicht genommen.

1.2 **Ersatzwahl von Werner Meister als Mitglied der Finanzkommission (anstelle des zurückgetretenen Thomas Bodmer)**

Franz-Beat Schwere: Die SVP-Fraktion schlägt Ihnen zur Wahl als Mitglied der Finanzkommission Einwohnerrat Wettingen für die restliche Dauer der Amtsperiode 2006 - 2009 Werner Meister vor. Werner Meister ist seit Herbst 2004 Mitglied des Einwohnerrates und den Meisten von Ihnen persönlich bekannt.

Werner Meister ist in Wettingen aufgewachsen und hat nach der Lehre als Elektromonteur sich in der Kältetechnik weitergebildet. 1982 gründete er eine eigene KMU-Firma und beschäftigt heute 10 Mitarbeiter und bildet zurzeit 3 Lehrlinge aus. Er ist Vater von 2 erwachsenen Kindern.

Wenn immer möglich, verreist Werner gerne mit seiner Familie ins Tessin um zu wandern oder um sich beim Lesen zu erholen.

Werner Meister denkt und handelt stets unternehmerisch und erfüllt nach unserer Überzeugung die Voraussetzungen, um diese Verantwortung innerhalb der Finanzkommission mit Kompetenz und Zuverlässigkeit auszuüben. Namens der SVP-Fraktion bitte ich Sie, Werner Meister Ihre Stimme zu geben und ihn zum Mitglied der Finanzkommission für die restliche Dauer der Amtsperiode 2006 - 2009 zu wählen. Ich danke Ihnen für das Vertrauen und die Wertschätzung, die Sie Werner Meister entgegenbringen.

Abstimmung

In offener Abstimmung fällt der Einwohnerrat einstimmig, bei 1 Enthaltung, folgenden Beschluss:

Beschluss

Werner Meister (SVP) wird als Mitglied der Finanzkommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2006/2009 gewählt.

2. **Protokoll der Sitzung vom 3. Mai 2007**

Das Protokoll der Sitzung vom 3. Mai 2007 wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

3. **Einbürgerungen**

3.a. **Einbürgerung; Berisha Safete, geb. 6. September 1979, und Berisha Naser, geb. 29. August 1975, beide serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Ahornweg 5**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

- 3.b. Einbürgerung; Cupeljic Pero, geb. 1. Mai 1965, Cupeljic-Momcicevic Novka, geb. 22. Juli 1970, Cupeljic Miroslav, geb. 5. Januar 1994, und Cupeljic Ivana, geb. 30. Mai 2001, alle bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Hardstrasse 53**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

- 3.c. Einbürgerung; Dakaj-Pintolli Sahide, geb. 29. Juli 1963, Dakaj Ramiz, geb. 1. Januar 1958, Dakaj Krenar, geb. 23. November 1990, Dakaj Qazim, geb. 5. Februar 1992, und Dakaj Kreshnik, geb. 29. September 1994, alle serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Hardstrasse 37**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

- 3.d. Einbürgerung; Miloradovic Slobodan, geb. 11. Februar 1965, Miloradovic-Nikodijevic Snezana, geb. 11. August 1969, Miloradovic Jovica, geb. 7. Juli 1989 und Miloradovic Jovana, geb. 17. Mai 1991, alle serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Büntstrasse 4**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

- 3.e. Einbürgerung; Morina Mihrije, geb. 17. November 1981, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Winkelriedstrasse 34**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

- 3.f. Einbürgerung; Sugunalingam Luxshiya, geb. 13. November 1994, sri-lankische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Bifangstrasse 81**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

- 3.g. Einbürgerung; Zivkovic Tihomir, geb. 29. November 1960, kroatischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Dorfstrasse 11**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

4. Verwaltungsrechnung 2006

Eintreten

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Ich erlaube mir ein ausführliches Votum, halte mich dafür anschliessend kurz. Einmal mehr präsentiert der Gemeinderat der Finanzkommission und dem Einwohnerrat ein erfreuliches und absolut hervorragendes Rechnungsergebnis. Die Gemeinderechnung 2006 schliesst mit einem Ertragsüberschuss nach vorgeschriebenen Abschreibungen und Pflichtabschreibungen von Fr. 6.98 Mio. ab. Dieser konnte vollumfänglich für zusätzliche Abschreibungen verwendet werden. Die Nettoinvestitionen beliefen sich auf rund Fr. 9.95 Mio., was bei einer Selbstfinanzierung von rund Fr. 8.86 Mio. einen Selbstfinanzierungsgrad von 89.0 % ergibt. Der massgebende Restbuchwert des Verwaltungsvermögens hat sich leicht auf knapp Fr. 200'000.00 erhöht. Die Nettoschuld des Vorjahres hat sich etwas gesteigert auf Fr. 767'696.00, somit auf Fr. 41.00 pro Einwohner. Weiterhin steigend ist die Steuerkraft je Einwohner. Ende 2006 betrug diese Fr. 2'631.50. Auch die finanzielle Situation betreffend die Schuld der Einwohnergemeinde gegenüber der Abwasserbeseitigung hat sich verbessert. Die Nettoinvestitionen beliefen sich auf rund Fr. 2.6 Mio., was letztlich einen Finanzierungsfehlbetrag von rund Fr. 1.3 Mio. ergab. Die mittlerweile in Kraft getretene Gebührenreduktion wird dieses Ergebnis zugunsten der Einwohnergemeinde (Verzinsung) weiter verbessern. Die Verzinsungspflicht aus dem Jahre 2005 von rund Fr. 186'000.00 hat auf rund Fr. 98'000.00 abgenommen.

Die Konsolidierung der einzelnen Rechnungen zur Gesamtrechnung 2006 weist einen Finanzierungsfehlbetrag von rund Fr. 2.37 Mio. aus. Feudal ist die finanzielle Situation der Gemeinde Wettingen insofern, als dieser Betrag, nebst Schuldentilgung von rund Fr. 1.2 Mio., über die vorhandenen liquiden Mittel finanziert werden konnte. Diese belaufen sich per 31. Dezember 2006 auf rund Fr. 2.3 Mio. Das Cash-Management wird durch Finanzverwalter Martin Frey absolut professionell geführt und stets den aktuellen Gegebenheiten (Angebot und Nachfrage) angepasst. Währenddessen die Festgelder von Fr. 15 Mio. während des Jahres 2006 auf Fr. 1 Mio. heruntergefahren wurden, hat er die Darlehen an andere Gemeinden von Fr. 2.5 Mio. auf Fr. 14 Mio. erhöht. Damit konnte zugunsten der Gemeinde mehr Zinsertrag generiert werden. Dieser zeigt sich im Konto 940.421.01, welcher sich gegenüber dem Budget mehr als vervierfacht und gegenüber der Rechnung 2005 ebenfalls um mehr als 30 % erhöht hat.

Insgesamt gebührt Finanzverwalter Martin Frey und seinen Mitarbeitenden grossen Dank für die tadellose Arbeit und umsichtige Finanzverwaltung. Ausfluss dieser Arbeit ist auch der vorliegende, finanzrelevante Teil des Rechenschaftsberichts 2006 ab Seite 74, welcher erneut mit einem hohen Detaillierungsgrad sehr überzeugt. Der Lebensnerv der Gemeinde - der Steuerertrag - und die damit zusammenhängenden Arbeiten wurden detailliert analysiert und dargestellt. Dazu einige Bemerkungen: Trotz gleich bleibendem Steuersoll von Fr. 103.4 Mio. (inkl. Staatssteuern) haben die Steuerausstände im Vergleich zum Vorjahr um über Fr. 3.2 Mio. abgenommen. Ein Rekordtief darf bei den Ausständen der Einkommens- und Vermögenssteuern verzeichnet werden. Im Verhältnis zu den Sollstellungen entstanden Ende 2006 Ausstände von lediglich 10.8%! Über alle Sollstellungen gesehen, bestehen Ausstände von 11.28 %. Vergleicht man diese Zahl mit beispielsweise Stand Ende 2003 (20.42 %) oder Stand Ende 2001 (23.46 %), so ist das momentan bis ins letzte Detail ausgeklügelte und intensiv bewirtschaftete Bezugswesen dafür positiv verantwortlich. Erfreulicherweise konnte auch der Taxierungsstand (Anteil eingeschätzter, aber noch nicht definitiv veranlagter Steuererklärungen auf 83 %

(Steuerjahr 2004: 81.3 %) erhöht werden. Der Veranlagungsstand für das Steuerjahr 2005 sank gegenüber dem Steuerjahr 2004 leicht. Per Ende 2006 belief sich dieser auf 65.8 % (Steuerjahr 2004: 69,9%). Die Entwicklung der Steuerpflichtigen zeigt nach wie vor eine steigende Tendenz. Waren es im Jahre 2003 noch 11'612 Steuerpflichtige, im Jahre 2004 11'707 Steuerpflichtige, waren es für das Steuerjahr 2005 total 11'815 Steuerpflichtige. Letztlich zeigt auch die Übersicht der Einkommens- und Vermögensstruktur auf Seite 95 des Rechenschaftsberichts klar, dass in den höheren Einkommens- und/oder Vermögensverhältnissen eine Verbesserung eingetreten ist. Immerhin haben die Steuerpflichtigen mit einem steuerbaren Einkommen von über Fr. 200'000.00 von 193 auf 202 (1.68 % auf 1.74 %) Steuerpflichtige zugenommen. Bei den Vermögensstufen über einem steuerbaren Vermögen von Fr. 1 Mio. hat die Anzahl der Steuerpflichtigen von 454 auf 495 (3.97 % auf 4.28 %) zugenommen.

Die Vertiefungsprüfung der BDO Visura erfolgte auf Anregung der Finanzkommission im Bereich Werkhof. Umfassend orientierte die BDO Visura darüber in ihrem Bericht über die Revision vom 19. April 2007. Abgesehen von einer Empfehlung der Änderung der Verbuchungspraxis im Zusammenhang mit der Vermietung der Festbänke, wird seitens der BDO Visura nichts beanstandet. Nebst einem zweckmässig eingerichteten Rapportssystem werden die Leistungen des Werkhofs vollständig und korrekt fakturiert. Vertieft wurde auch die Mehrwertsteuerpflicht des Werkhofs geprüft. Fazit ist, dass im heutigen Moment der Werkhof nicht steuerpflichtig ist. Die Leistungen an Dritte sind aber künftig stets im Auge zu behalten. Die notwendigen Berechnungen der BDO Visura liegen vor und alle Beteiligten sind entsprechend sensibilisiert.

Die Finanzkommission hat im Rahmen der Rechnungsprüfung auch die WOV-Berichterstattungen studiert und diskutiert, allerdings wird erst in einem Jahr, bei der Prüfung der WOV-Piloten 2007, eine umfassende Prüfung lediglich auf WOV-Angaben basierend möglich sein. Wichtig ist auch die Erkenntnis, dass das Hauptaugenmerk künftig speziell auf den Kommentaren der ausserordentlichen Abweichungen liegen muss. Diese müssen ausserdem mit absoluten Zahlen (Abweichungen vom Budget) versehen werden. Auf diese Weise können die ausserordentlichen Abweichungen nachvollzogen und erklärt werden.

Insgesamt liegt erneut ein sehr erfreuliches Rechnungsergebnis vor. Die Budgetierung darf als sehr präzise bezeichnet werden. Die BDO Visura attestierte der Finanzverwaltung eine einwandfreie Rechnungsführung, was zustimmend nur bestätigt und verdankt werden kann. Die Finanzlage der Gemeinde Wettingen ist sehr gut. Im Rechnungsjahr 2006 wurden seit 2000/2001 erstmals wieder knapp netto Fr. 10 Mio. investiert. Weitere Investitionen stehen an. Diesbezüglich wird auch die Machbarkeitsstudie „tägi“ im kommenden Herbst/Winter Aufschluss geben. Die Budgetierung des Jahres 2008 kann dementsprechend mit Spannung erwartet werden. In diesem Sinne danke ich allen Beteiligten für ihre geleisteten Arbeiten.

Zur Rechnung des EWW: Nach Absprache mit dem Gemeinderat war es der Finanzkommission im Rahmen der Rechnungsprüfung 2006 erstmals möglich, die externe Revisionsstelle des EWW mit einer Schwerpunktsprüfung zu beauftragen. Dabei hätte insbesondere untersucht werden sollen, ob die Rechnung 2006 des EWW mit Gesetz und Weisungen im Zusammenhang mit dem Investitionsbegriff übereinstimmt bzw. ob das EWW aufgrund der geltenden gesetzlichen Vorgaben eine Kostenrechnung führen müsste. Ich kann vorweg nehmen, dass der Umfang der Abklärungen der PWC ernüchternd war. Die PWC stellt in ihrem Revisionsbericht fest, dass sie eine vertiefte Prüfung der Investitionen durchgeführt habe, dass eine Investitionsrechnung nicht bestehe, die wesentlichen Positionen aber im Bau- und Investitionsprogramm enthalten seien. Dieses sei von den zuständigen Instanzen genehmigt worden.

Diese Feststellungen waren auch für die Finanzkommission nicht neu, für Verwirrung stiftete jedoch folgende Aussage: „Da es sich beim EWW um einen unselbstständigen Eigenwirtschaftsbetrieb der Gemeinde handelt, unterliegt das EWW grundsätzlich den entsprechenden Gemeindevorschriften. Die Einhaltung dieser gemeindespezifischen Vorschriften ist jedoch nicht Teil unseres Prüfungsauftrages und wurde daher auch nicht näher überprüft.“

Langer Rede kurzer Sinn: Es ist festzuhalten, dass eine allfällig notwendige, im Rechnungsjahr 2006 aber nicht vollzogene Anwendung des Investitionsbegriffs nicht gerügt werden kann und darf, da das Budget 2006 ordentlich genehmigt wurde und die Abrechnungsweise des EWW in diesem Sinne korrekt ist. Dies war auch nie der Sinn dieser Abklärungen durch die Finanzkommission, sondern lediglich der Fokus für die Zukunft. Die mit dieser Schwerpunktsprüfung verbundenen intensiven Abklärungen und Diskussionen der Finanzkommission haben letztlich jedoch hervorgebracht, dass der Gemeinderat erklärt hat, per Voranschlag 2009 ein neues Rechnungslegungsmodell inkl. integrierter Investitionsrechnung definitiv einzuführen. Damit hat sich die Finanzkommission einstimmig einverstanden erklärt.

Zu sehr viel Gesprächs- und Zündstoff innerhalb und ausserhalb der Finanzkommission haben einige Rechnungen des EWW an die Gemeinde Wettingen geführt. Aufgrund von nicht erfolgten notwendigen Visa wurden diese Rechnungen in der Folge nicht bezahlt und entsprechend unter den Transitorischen Passiven in der Rechnung der Einwohnergemeinde 2006 erfasst. Dies wurde von der BDO Visura beanstandet. Weiter hat die BDO Visura verlangt, dass diesbezüglich klare gemeindeinterne Richtlinien betreffend die Rechnungsstellung zu erfolgen hätten. In Bezug auf den letzten Punkt hat die Finanzkommission den Gemeinderat aufgefordert, dass diese Richtlinien der Finanzkommission an der nächsten Sitzung am 21. August 2007 zur Kenntnisnahme unterbreitet werden. Diese Sitzung bleibt nun abzuwarten. Vom Gemeinderat ist klar signalisiert worden, dass dies eingehalten wird. Wir sind gespannt auf das Resultat.

Die sehr leidige Angelegenheit mit den vormals offenen Rechnungen ist mittlerweile erledigt. Dies ist jetzt zwar einfach und schnell gesagt, hat die Finanzkommission und weitere Beteiligten aber sehr viel Zeit gekostet. Im Zusammenhang mit den offenen Rechnungen sind Mängel in der Rechnungsstellung zu Tage getreten, welchen während den vergangenen Jahren offenbar zu wenig Beachtung geschenkt wurden. Hauptproblematik war die fehlende Transparenz der EWW-Rechnungen, welche für die Prüfungsinstanz der Gemeindeverwaltung schlichtweg nicht nachvollziehbar waren. Zwischenzeitlich wurden diese Rechnungen überarbeitet, innerhalb der verantwortlichen Stellen besprochen und konnten letztlich vom zuständigen Abteilungsleiter visiert werden. Als Fazit kann aus dieser Angelegenheit etwas Positives gewonnen werden: Der Gemeinderat und viele involvierte Stellen sind sich der angesprochenen Thematik bewusst und bereits wurden die ersten Schritte entsprechend auch eingeleitet (Bsp. Erlass von Richtlinien). Im Namen der Finanzkommission ist dazu klar festzuhalten, dass solche Mängel mit der Rechnung 2007 nicht mehr vorliegen dürfen und nicht mehr akzeptiert werden. Ich bin aber guter Dinge, dass der Gemeinderat das Seine dazu beiträgt und die beanstandeten Mängel im Interesse aller und vor allem im Interesse der Transparenz beseitigt.

Ich komme zum Schluss: Die Fragen zu den einzelnen Ressorts in der Rechnung der Einwohnergemeinde sowie des EWW konnten Sie mit Ihren Vertretern aus der Finanzkommission in Ihren Fraktionssitzungen anschauen und besprechen. Ich verzichte damit im Sinne einer effizienten Sitzung darauf, bei all den einzelnen Konten die Ausführungen und Bemerkungen der Finanzkommission zu wiederholen, behalte mir aber vor, allenfalls bei Fragen oder Stellungnahmen aus dem Plenum, sofern notwendig, die Haltung und Ansicht der Finanzkommission mitzuteilen.

Abschliessend empfiehlt Ihnen die Finanzkommission einstimmig (bei 7 Anwesenden) die Rechnung der Einwohnergemeinde Wettingen sowie des EWW 2006 zu genehmigen. Der Vorbehaltsantrag der Finanzkommission entfällt mit den mittlerweile erfolgten Visen der vorhin erwähnten Rechnungen.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Namens des Gemeinderates ersuche ich Sie, auf diese Verwaltungsrechnung einzutreten und diese zu genehmigen. Die wesentlichen Aussagen zu diesen erfreulichen Verwaltungsrechnungen haben Sie bereits vom Finanzkommissionspräsidenten gehört. Ich möchte diese nicht wiederholen. Jedoch möchte ich auf einen Punkt speziell hinweisen: Die Finanzkommission hat sich intensiv mit den Rechnungen des EWW im Zusammenhang mit dem Verpflichtungskredit Rosenauweg befasst; es haben sich in diesem Zusammenhang grundsätzliche Fragen und Probleme ergeben. Dieses Thema betrifft aber die Investitionsrechnung. Die abschliessende Beurteilung der fraglichen Rechnung hat im Rahmen der Abrechnung des Verpflichtungskredites Rosenauweg zu erfolgen. Deshalb hat diese Position im Rahmen der Verwaltungsrechnung 2006 nur provisorischen Charakter im Sinne eines Durchlaufkontos. Es bringt nichts, die grundsätzlich aufgeworfenen Fragen heute klären zu wollen. Es ist allerdings festzuhalten, dass die ganze Thematik bereits etwas ausgelöst hat: Der Gemeinderat wird Richtlinien für die Rechnungstellung des EWW an die Gemeinde erlassen und nimmt dabei auch die Unterstützung durch die BDO Visura in Anspruch. Ein Wechsel der Revisionsgesellschaft für die Überprüfung des EWW wird ebenfalls in Aussicht genommen, damit künftig die Schnittstellenprobleme vermieden werden können. Der Gemeinderat ist dankbar für die vielen konstruktiven Beiträge der Finanzkommission und ist sehr daran interessiert und bemüht, die damit verbundenen Unzulänglichkeiten aufzuarbeiten und zu eliminieren. Die ersten Schritte wurden bereits eingeleitet. Ich hoffe, dass mit diesen Hinweisen für heute grosse Diskussionen vermieden werden können, über Fragen, die geklärt sind bzw. geklärt werden müssen. Im Rahmen der Prüfung der Abrechnung über den Verpflichtungskredit Rosenauweg werden die Schlussabrechnung und die vorgenommenen Abgrenzungen definitiv geklärt sein können, zumal erst dann alle Rechnungen auch von Drittfirmen für Fremdleistungen vorliegen werden.

Werner Hartmann: Homunculus in horto est, gallus in sterquilinio! Der Präsident der Finanzkommission hat das Meiste zur Verwaltungsrechnung 2006 bereits gesagt und ich beschränke mich deshalb auf einige wenige, aber wichtige Punkte. Zuerst möchte ich festhalten, dass die Verwaltungsrechnung 2006 der Einwohnergemeinde sehr erfreulich abschliesst. Die Rechnung ist auch transparent und professionell geführt, der Finanzverwaltung gebührt ein grosses Lob. Die Fraktion SP/WettiGrünen stimmt der Verwaltungsrechnung uneingeschränkt zu.

Anders sieht leider die Jahresrechnung des EWW aus. Obwohl bereits die Rechnungslegung 2005 von verschiedenen Seiten bemängelt wurde, präsentiert sich auch die Rechnung 2006 intransparent und in vielen Teilen nicht oder nur schwer nachvollziehbar. Es kann und darf nicht sein, dass nach Vorliegen der Rechnung in aufwändiger Kleinarbeit noch reihenweise Unklarheiten beseitigt werden müssen. Es ist nicht die Aufgabe der Finanzkommission, einzelnen Rechnungen nachzuspringen und es stimmt bedenklich, wenn buchstäblich in letzter Minute Rechnungen des EWW an die Einwohnergemeinde bereinigt und neu abgegrenzt werden müssen. Es würde genügend Gründe geben, die Rechnung des EWW zurückzuweisen: Rechnungen, die nachträglich in grossem Umfang korrigiert werden mussten, in Rechnungstellung von Rechnungen seitens Drittunternehmer zuhanden der Einwohnergemeinde, obwohl die Rechnungen im Zeitpunkt der Rechnungsstellung gar noch nicht vorlagen, doppelte Belastung von Rechnungen zu Lasten der Einwohnergemeinde aufgrund von Missverständnissen, übersetzte und kaum gerechtfertigte Ansätze für Dienstleistungen seitens des EWW usw. Es handelt sich hier um klassische Abgrenzungsprobleme zwischen dem EWW und der Gemeinde und es herrscht grosse Intransparenz.

Auch der Revisionsbericht der BDO Visura weist erneut in aller Klarheit auf die mangelnde Transparenz hin und empfiehlt Zitat: "Im Interesse einer ordnungsgemässen und transparenten Rechnungslegung empfehlen wir Ihnen, Richtlinien über die Gestaltung der Rechnungen des EWW zu erlassen."

Die Fraktion SP/WettiGrünen ist überzeugt, dass inzwischen allen Beteiligten klar ist, dass hier umgehend Massnahmen notwendig sind. Die Finanzkommission hat dem Gemeinderat unmissverständlich dargelegt, welche Massnahmen erwartet werden und der Gemeinderat hat zu verstehen gegeben, dass nun auch gehandelt wird. Weil man den Blick in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit werfen soll, verzichtet die Fraktion SP/WettiGrünen darauf, die Rechnung des EWW 2006 abzulehnen. Wir sind aber nicht bereit, die Verantwortung für die Rechnung mitzutragen, da gibt es für uns zu viele Unklarheiten. Wir werden uns deshalb der Stimme enthalten.

Beat Brunner: Zum erneut hervorragenden Rechnungsabschluss kann man allen Beteiligten gratulieren. Den Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung und der Betriebe, danke ich im Namen der FDP-Fraktion für Ihren grossen Einsatz im vergangenen Jahr.

Die Zahlen sind zum einen erfreulich, zum andern jedoch Zeugnis dafür, dass man mit dem Einnahmenüberschuss zum wiederholten Mal weit über das Ziel hinaus geschossen hat. Der Steuerfuss war also erneut nicht optimal. Eine Senkung des Steuerfusses im letzten Jahr wäre also vertretbar gewesen. Eine Ergebnisverbesserung gegenüber dem Budget von beinahe sieben Millionen ist jedoch nicht allein aufgrund der kräftigen Steuereinnahmen entstanden sondern liegt auch an deutlichen Minderausgaben. Die Begründungen entnehmen wir der vorliegenden Rechnung.

Gemeinderat und Verwaltungsabteilungen agieren kostenbewusst und es wird kein Geld zum Fenster hinaus geworfen. Im vergangenen Jahr konnte wieder mehr investiert werden. Dies freut das Gewerbe und hoffentlich auch die Benutzer der sanierten Schulbauten und Strassen. Dass die Schulden dabei nur unmerklich anstiegen, ist den flotten Steuereinnahmen zuzuschreiben.

Wir haben gesunde Finanzen und die FDP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass Dies auch in Zukunft so bleiben wird. Vorerst sind wir jedoch für Eintreten auf die Rechnung der Gemeinde und der weiteren Betriebe.

Franz-Beat Schwere: Die SVP-Fraktion ist erfreut über den ausgezeichneten Abschluss der Verwaltungsrechnung im Jahr 2006 und dankt dem Gemeinderat und auch der ganzen Verwaltung - insbesondere der Finanzverwaltung - für die geleistete Arbeit.

Die Rechnung 2006 schliesst wiederum mit einem grossen Überschuss ab. Es zeigt sich, dass die Steuereinnahmen im Bereich der Einkommens- und Vermögenssteuern von natürlichen Personen sowie bei den Aktiensteuern zum wiederholten Male sehr erfreulich ausgefallen sind und eine starke Ertragsbasis für die Gemeinde Wettingen darstellen.

Wir werden später zu den einzelnen Ressorts unter dem Traktandum 4 "Verwaltungsrechnung 2006" und Traktandum 6 "Finanzpolitische Vorstösse" zusätzlich Stellung nehmen. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Andreas Rufener: Auch die Fraktion EVP/Forum 5430 ist für Eintreten. Die positiven Resultate in der Rechnung sind aber auch ein problematisches Zeichen. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir gewisse Ausgaben nicht getätigt haben. Diese Investitionen kommen noch auf uns zu. Bitte denken Sie daran bei der Steuerfuss-Debatte.

Thomas Bodmer: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um den Steuerzahlern zu danken und zwar dafür, dass sie so viele Steuern bezahlt haben. Noch nie wurde in der Geschichte der Schweiz im Kanton Aargau ein so grosser Anteil an Volkseinkommen für Steuern ausgegeben. In nur einem Jahr ist die Steuerbelastung um 10 % angestiegen. Auch die Belastungen für AHV und andere Sozialversicherungen werden immer grösser. Es handelt sich um einen absoluten Rekord. Dies ist sicher ein Hauptgrund für das gute Abschneiden dieser Rechnung. Ich beanstande schon seit Jahren, dass wir seit Jahr und Tag so viel Luft in unserer Rechnung haben, dass wir regelmässig Überschüsse zwischen Fr. 5 und 7 Mio. generieren können. Tatsache ist, dass wir nirgends Minderausgaben getätigt haben, sondern lediglich die Luft nicht beansprucht haben. Wir haben nirgends eingespart. Nicht nur auf der Einnahmeseiten verzeichnen wird einen Rekord, sondern auch auf der Ausgabeseite. Wir haben noch nie so viel ausgegeben wie im Jahr 2006.

Dr. Charles Meier: Ich habe keine Bemerkungen zum Eintreten, sondern allgemeiner Art. Der Finanzkommissionspräsident hat uns ausführlich und detailliert über die Rechnung informiert sowie auf den mehrseitigen Prüfungsbericht der Revisionsstelle hingewiesen. Leider umfasst der uns zugestellte Bericht der Finanzkommission lediglich einen Satz. Ich möchte daher anregen, dass der Bericht des Finanzkommissionspräsidenten den Einwohnerratsmitgliedern jeweils schon vor der Sitzung zugestellt wird, damit wir alle über die gleichen Informationen verfügen.

Betreffend den EWW-Rechnungen einige Bemerkungen: Der Einwohnerrat ist quasi die Generalversammlung einer Aktiengesellschaft. Der Generalversammlung liegt normalerweise eine Kurzfassung des Berichtes der Revisionsstelle vor. Dieser Bericht umfasst normalerweise eine Seite. Der detaillierte Bericht liegt jeweils dem Verwaltungsrat vor. Ich möchte daher anregen, den Einwohnerratsmitgliedern wenigsten den summarischen Bericht der beiden Revisionsstellen abzugeben. Damit hätten wir die Differenzen zwischen EWW und Einwohnergemeinde bereits vor einem Jahr bemerkt. Ich gehe davon aus, dass es keine gesetzlichen Hindernisse gibt.

Ich habe noch eine weitere Frage: Es wird in letzter Zeit viel über das neue Rechnungsmodell diskutiert. Auch im EWW soll ab 2009 dieses Rechnungsmodell eingeführt werden. Ist es seitens der Gemeinde oder des Kantons bekannt, wann dieses Rechnungsmodell definitiv eingeführt wird?

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Wir werden die Anregung betreffend Revisionsbericht zur Prüfung entgegen nehmen. Zur Frage betreffend dem neuen Rechnungsmodell HRM 2. Es handelt sich um ein mittelfristiges Projekt. Es gibt eine ganze Sammlung von Übergangsfristen. In Wettingen ist die Einführung in nächster Zeit nicht vorgesehen.

Paul Koller: Ich bin etwas verunsichert, ob Thomas Bodmer und Charles Meier nochmals Stellung nehmen zur Rechnung oder ob es bei ihren Voten lediglich ums Eintreten ging. Ich bin persönlich der Auffassung, dass es jetzt ums Eintreten geht und wir sollten uns deshalb aus zeitlichen Gründen auch darauf beschränken.

Mit grosser Freude hat die Fraktion der CVP Wettingen die Verwaltungsrechnungen 2006 zur Kenntnis genommen. Wir danken der Verwaltung, dem Gemeinderat, unserem Gemeindeammann und sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Wettingen, die zu diesem hervorragenden Ergebnis beigetragen haben. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten. Wir werden der Rechnung vorbehaltlos zustimmen.

Eintreten nicht bestritten

Detailberatung

0. Allgemeine Verwaltung

Keine Bemerkungen.

1. Öffentliche Sicherheit

Thomas Bodmer: Ich habe Fragen zu den Konti 110 Polizei und 140 Feuerwehr. Ich habe bereits bei der letzten Rechnungsgenehmigung gefragt, wie die Beteiligung der Gemeinde Neuenhof an der Kosten der Polizei ausgestaltet ist. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass die Kosten, die der Wettinger Steuerzahler an die Polizei bezahlt pro Kopf um den Faktor x grösser sind, als die Polizeikosten pro Kopf in der Gemeinde Neuenhof. Wir haben damals vertraglich die Entschädigungen festgelegt. Unterdessen sind immer wieder zusätzliche Kosten aufgetaucht, beispielsweise die Beschaffung weiterer Fahrzeuge etc., die dazu führen, dass sich die Finanzsituation der Gemeinde Wettingen verschlechtert. Ich fordere daher, dass wenn der Vertrag mit der Gemeinde Neuenhof abläuft, dass dann mit Neuenhof verhandelt wird. Es ist eine Tatsache, dass der Polizeiaufwand in der Gemeinde Neuenhof pro Kopf sehr ähnlich ist wie der Aufwand in der Gemeinde Wettingen. Es ist deshalb unerklärbar, weshalb Wettingen pro Kopf etwa dreimal mehr bezahlen muss. Ich stelle deshalb nochmals die Frage: Wann läuft der Vertrag mit der Gemeinde Neuenhof aus? Wurde die Gemeinde Neuenhof bereits orientiert, dass es zu einer massiven Steigerung der Beiträge seitens der Gemeinde Neuenhof kommen wird? Kürzlich war der Presse zu entnehmen, dass auch bei den Feuerwehren eine Zusammenarbeit vorgesehen ist. Wird es hier auch so sein, dass der Wettinger Steuerzahler die Feuerwehr der Gemeinde Neuenhof finanzieren muss?

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Für die Polizei wurde mit Neuenhof ein 5-jähriger Vertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag läuft in 1.5 Jahren aus. Auf diesen Zeitpunkt hin werden wir alle Fakten wieder überprüfen, wobei wir nicht in allen Positionen frei sind. Im Bereich, der am meisten einschenkt, haben wir kantonale Vorgaben. Der Kanton hat die Polizeien resp. die Gemeinden in verschiedene Kategorien eingeteilt. Wettingen ist dabei in einer anderen Kategorie als Neuenhof. Wettingen benötigt, gestützt auf diese kantonalen Vorgaben, mehr Polizei als Neuenhof. Diese Zahlen können nicht beeinflusst werden.

Zur Feuerwehr wird Ihnen Frau Eckert Auskunft geben.

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Die Verhandlungen mit Neuenhof betreffend einer allfälligen Fusion der beiden Feuerwehren sind erst vor kurzem angelaufen. Nun werden in Zusammenarbeit mit den Finanzverwaltern die Fakten aufgearbeitet und Daten zusammengetragen. Ich werde den Beteiligten das Votum von Thomas Bodmer zur Kenntnis geben. Es ist vorgesehen, frühestens per 1. Januar 2009 zu fusionieren. Bis dorthin ist der Weg noch lange und es müssen verschiedene Erhebungen und Abklärungen getroffen werden.

Thomas Bodmer: Nach meinen Abklärungen ist die kant. Verordnung über die Entschädigung der Polizei nicht für Wettingen oder Neuenhof anwendbar. Die Verordnung gilt nur, wenn die Kantonspolizei die Aufgaben der Gemeindepolizei übernimmt. Doch dort wo Regionalpolizeien entstehen, sind die Gemeinden völlig frei, zu entscheiden, wie die Entschädigungen festgelegt werden.

Einwohnerratspräsident: Der Gemeinderat nimmt diese Aussage zur Kenntnis.

2. Bildung

Dr. Charles Meier: Eine Frage zu Konto 200.314.00. An mindestens drei Gemeindebauten (Kindergarten Kreuzzelg, Bibliothek, Saalbau Tägerhard u.a.) gab oder gibt es in letzter Zeit undichte Kiesklebedächer. Gibt es nach dem Stand der heutigen Bau-technik eine valable Alternative zu diesen Kiesklebedächern?

Gemeinderat Daniel Huser: Aktuell haben nur wenige Gemeindebauten ein Flachdach. Der Unterhaltsaufwand bei Flachdächern ist grösser. Es gibt jedoch inzwischen neue Arten von Flachdächern auf einem neueren Stand der Technik. Die Thematik ist in Wettingen aber nicht aktuell.

Dr. Charles Meier: Im Auftrag der Steuerzahler ist es unsere Aufgabe diese Rechnung zu prüfen. Ich möchte daher eine generelle Frage stellen zur Schulanlage Margeläcker (215.314.00). Im Kommentar sind Mehrkosten aufgrund von nicht budgetierten Reparaturarbeiten als Folge von Vandalenakten erwähnt. Ich habe dazu zwei Fragen: Wer sind diese Vandalen, Schüler oder Drittpersonen? Werden diese von der Polizei geahndet?

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Die Vandalenakten sind eines der grössten Probleme die wir haben. Sie liegen dem Gemeinderat auf dem Magen. Um diese Probleme zu bekämpfen gibt es einerseits die Vorsorge, andererseits die Nachsorge. Diese Vandalenakte geschehen meistens nachts. Deshalb ist eine Vorsorgemassnahme die Patrouillen der Polizei zu verstärken und vermehrt durchzuführen, um möglichst viel zu verhindern. Diese Tätigkeit hat der Gemeinderat zwischenzeitlich auch intensiviert. Für die Nachsorge, sprich für die Bearbeitung der Anzeigen gegen die Vandalen, ist die Kantonspolizei zuständig.

3. Kultur/Freizeit

Monica Benz: Eine lebendig bewirtschaftete Bibliothek mit einem attraktiven und zeitgemässen Angebot wie diejenige von Wettingen ist grundsätzlich ganz im kulturellen Interesse der SVP.

Wettingen hat in den letzten Jahren sehr viel in diese Bibliothek investiert. Ich denke an die Top-EDV-Anlage und die kontinuierlichen EDV-Updates, die zusätzlichen Stellenprozentage und schliesslich dieses Jahr den baulichen Unterhalt bzw. die anstehende Dachsanierung von rund Fr. 80'000.00.

Dem Rechenschaftsbericht ist zu entnehmen, dass aber im Gegenzug zu diesen Investitionen die Besucherzahlen bzw. Medienausleihen rückläufig sind. Und dies insbesondere bei der wichtigen Zielgruppe "Jugendliche". Da drängen sich ein paar Fragen an die zuständige Ressortvorsteherin auf:

- Frau Eckert, wie empfinden Sie die Situation und was wird vorgekehrt, um sie zu verbessern?
- Ist in diesem Zusammenhang eine allfällige Zusammenarbeit mit Baden und/oder anderen Gemeinden ein Thema und könnte man sich allenfalls sogar eine Zusammenlegung vorstellen?

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Auch der Bibliothekskommission ist diese Entwicklung aufgefallen. Wir haben ja entsprechende Vorgaben festgelegt. Offensichtlich ist es ein rückläufiger Trend. Die Gründe dafür sind vielfältig und schwierig zu erklären.

Wegen den Bauarbeiten bleibt die Bibliothek 2 Wochen geschlossen. Wir machen uns Gedanken, was für Aktionen wir in den Sommerferien durchführen können (Gratis-Lese-Sommer im tägi).

Mit Baden findet im Bereich der EDV eine Zusammenarbeit statt. Auch die Bibliothekarin pflegt einen regen Austausch mit Baden. Es werden beispielsweise gemeinsame Projekte wie der Gratis-Lese-Sommer oder Lesungen organisiert. Eine konkretere Zusammenarbeit ist aber im Moment nicht in Planung.

Thomas Bodmer: Ich habe in diesem Zusammenhang eine Anschlussfrage. Wenn die Ausleihzahlen weiterhin rückläufig sind, hat man sich schon Gedanken gemacht, allenfalls Personalstellen zu kürzen?

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Die Zahlen sind nun zum ersten Mal rückläufig. Der Betrieb der Bibliothek muss ja dennoch sichergestellt sein. Die Kommission wird die Entwicklung aber weiterhin beobachten.

3. Kultur/Freizeit

Thomas Bodmer: Ich habe eine Bemerkung zur Kontengruppe 348 Restaurant tägi. Diesen Bereich beobachte ich schon lange und seit Jahren haben wir Probleme mit dem Pächter. Alle paar Jahre werden Gründe gesucht, um irgendetwas zu machen. Beispielsweise wurde neulich die Küche für Fr. 2 Mio. erneuert. Es wurde uns versprochen, dass es besser wird. Es wird aber nicht besser. Die Rechnung des Restaurants geht nicht auf. Dies führt dazu, dass jedes Bier im tägi durch die Steuerzahler subventioniert wird. Durch die schlechte Bewirtschaftung geht mind. pro Jahr 1 Steuerprozent flöten. Auch wurde mit dem neuen Pächter der Pachtzins tiefer angesetzt. Dies hat zu grossen Diskussionen in der Finanzkommission geführt, ob es dafür einen Nachtragskredit bräuchte. Für mich stellt sich die Frage, wo der Payback für die Gemeinden liegt.

Gemeinderat Dr. Markus Dieth: Das Problem tägi-Restaurant ist uns bekannt. Ich habe dies als früherer Fiko-Präsident selber schon miterlebt. Das tägi ist kein Scharfenfels und kann nicht alleine mit seiner speziellen Lage Gäste anziehen. Das tägi-Restaurant ist in einem Sportbetrieb eingebettet. Es ist aber baulich so konstruiert, dass es sich nicht um ein reines Badi-Restaurant handelt, sondern auch für andere Gäste von Veranstaltungen und Sporttreibende zur Verfügung steht. Der neue Pächter braucht eine gewisse Anlaufzeit, das ist normal. Wir sind jetzt aber zuversichtlich, denn wir befinden uns auf einem guten Weg. Im Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie, welche im November oder Dezember dem Einwohnerrat unterbreitet wird, wurden auch verschiedene Betreibermodelle, auch im Gastrobereich, geprüft. Dies wurde vom Einwohnerrat auch gefordert.

Thomas Bodmer: Meine Frage betreffend Payback wurde nicht beantwortet. Erhält die Gemeinde für ihre Investitionen etwas zurück oder muss der Pächter weniger Zins bezahlen?

Dr. Markus Dieth: Der Pachtvertrag ist so ausgestaltet, dass der Pächter bei mehr Gewinn auch mehr verdient. Dies soll ein Anreiz sein und war auch bereits in den früheren Pachtverträgen so ausformuliert.

4. Gesundheit

Dr. Charles Meier: Eine Frage zum Konto 400.361.00. Ich habe in den Erläuterungen gelesen, dass der Gemeindebeitrag für die Kantonsspitäler zu tief budgetiert wurde und daher mit einer Nachbelastung von ungefähr Fr. 500'000.00 gerechnet werden muss. Hat man diese Nachbelastung transitorisch verbucht? Die Zunahme der Defizitbeiträge an das KSB gegenüber der Rechnung 2005 beträgt 11.9 %. Das Defizit beträgt pro Einwohner Fr. 179.00, für die übrigen Spitäler Fr. 22.74. Somit betragen die gesamten Spitaldefizite pro Einwohner Fr. 201.74. Gibt es noch andere Bereiche, in denen Positionen einfach übernommen werden?

Gemeinderätin Yvonne Feri: Die Gemeindebeiträge werden jeweils durch das KSB berechnet. Dem Gemeinderat liegen keine genauen, verlässlichen Zahlen vor. Deshalb wurde auch keine Abgrenzung vorgenommen.

5. Soziale Wohlfahrt

Thomas Bodmer: Weshalb explodieren in Wettingen in Sozialhilfekosten in einer Zeit der steigenden Konjunktur? Es scheint ja sogar schwierig zu sein, die Anzahl Sozialhilfeabhängige Fälle richtig zu berechnen. In der Stellungnahme des Gemeinderates zuhanden der Finanzkommission hält der Gemeinderat folgendes fest: "Es ist allerdings sehr fraglich, ob diesmal aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung eine Entlastung in der Sozialhilfe einsetzen wird." Nochmehr erstaunt mich aber der nächste Satz: "Der einheimische Arbeitsmarkt wird also noch zusätzlich stark vom ausländischen Arbeitsmarkt unter Druck gesetzt." Wir müssen uns bewusst sein, dass zu diesem Zeitpunkt weder das Schengenabkommen noch die Personenfreizügigkeit mit den neuen EU-Staaten in Kraft war. Der Gemeinderat hat aber damals schon festgestellt, dass der einheimische Arbeitsmarkt bereits jetzt unter Druck steht. Wie kommt der Gemeinderat zum diesem Schluss? Es hat schliesslich nur einen SVP-Vertreter im Gemeinderat, die übrigen Parteien haben diese Tatsache immer abgestritten. Wurden Vorkehrungen getroffen, um dies zu ändern?

Gemeinderätin Yvonne Feri: Sozialhilfeempfänger sind oft ausgesteuert und erhalten keine ALV-Beiträge mehr. Es handelt sich oft um ältere oder ausländische Langzeitarbeitslose, die aufgrund ihrer fehlenden Berufsbildung Mühe haben, wieder eine Stelle zu finden und sich im 1. Arbeitsmarkt zu integrieren. Sozialhilfe bedeutet auch die Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen, um diesen Leuten wieder Tagesstrukturen zu vermitteln und sie ins soziale Leben zu integrieren.

Dr. Charles Meier: Ich habe eine Zusatzfrage zur Kontengruppe 581 Sozialhilfe. Der Bruttoaufwand hat um 11.4 % zugenommen. Dies ist im Zeichen anziehender Konjunktur beunruhigend. Zwar hat der Nettoaufwand nur um 2.04 % zugenommen; aber das ist nur ein scheinbarer Trost. Die Rückerstattungen des Kantons müssen ja ebenfalls mit Steuergeldern finanziert werden.

Hat der Gemeinderat Vergleichszahlen mit anderen Städten wie Zürich oder St. Gallen? Macht die Sozialabteilung bezüglich Sozialhilfemissbrauchs auch solche Kontrollen wie in diesen Städten?

Gemeinderätin Yvonne Feri: Noch eine Ergänzung zur Bemerkung von Thomas Bodmer. Der Gemeinderat hat geschrieben, dass die Wirtschaft vor allem Fachkräfte, Spezialisten und Kaderleute sucht und diese zu einem grossen Teil im Ausland rekrutiert werden. Dadurch wird der einheimische Markt unter Druck gesetzt.

Zur Frage von Charles Meier: Vermutlich ist allen bekannt, dass der Kanton ein Projekt zur Missbrauchbekämpfung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Baden, Ober- und Untersiggenthal sowie Hunzenschwil realisiert hat. Es wird dabei eine Art Sozialdetektiv (Aussendienstmitarbeiter) eingesetzt, welcher die Klienten zu Hause in der Wohnung besucht und eine Bestandesaufnahme macht. Es handelt sich dabei um ein 1-jähriges Pilotprojekt. Wettingen wurde nicht angefragt, ob wir uns daran beteiligen wollen. Wir werden die Ergebnisse dieses Projektes abwarten.

Thomas Bodmer: Wenn ich die Antwort von Frau Feri richtig verstanden habe, wird die starke Zunahme der Sozialhilfekosten vor allem durch arbeitslose Fachkräfte und Spezialisten verursacht?

Einwohnerratspräsident: Ich interpretiere die Antwort von Frau Feri anders. Das Thema ist abgeschlossen.

Marie-Louise Reinert: Wenn der Gemeinderat Aufträge erteilt, vergibt er diese häufig an den günstigsten Anbieter, egal ob bei einer Schulhausrenovation oder im Strassenbau. Auch in der Privatwirtschaft wird häufig das günstigste Angebot berücksichtigt. Wieso können die Unternehmer so günstig anbieten? Weil sie günstige, ausländische Arbeitskräfte haben. Ich stelle fest, dass die soziale Welt und die Wirtschaftswelt nicht nach den gleichen Regeln funktionieren.

6. Verkehr

Dr. Charles Meier: Im Strassenunterhalt ist eine Abnahme der Kosten von 12.7 % zu verzeichnen. Dennoch sind die Strassen gut unterhalten worden. Ich habe den Strassenaufwand pro Einwohner berechnet. Abzüglich der Einnahmen für die Parkgebühren und die Bussen ergibt sich ein Strassendefizit von Fr. 3.78 pro Einwohner. Der Kostendeckungsgrad beträgt somit im Strassenunterhalt 96.4 %. Anders sieht es dagegen beim öffentlichen Verkehr aus. Dort habe ich ein Defizit pro Einwohner von Fr. 100.20 berechnet. Somit werden über 50 % der Kosten des öffentlichen Verkehrs durch den Steuerzahler finanziert. Ich frage mich, ob hier mit verschiedenen Ellen gemessen wird.

Gemeinderat Felix: Es sind zwei Sachen zu unterscheiden. Der Strassenunterhalt ist aufgrund des anstehenden Bedarfs in den letzten Jahren eher höher ausgefallen.

Beim öV ist seit zwei Jahren der Kanton der Besteller. Der Kanton legt auch das Angebot fest. Die Gemeinden haben sich an den Kosten entsprechend ihrer Grösse und dem Angebot innerhalb der Gemeinde entsprechend zu beteiligen.

7. Umwelt, Raumordnung

Dr. Charles Meier: Im Jahr 2005 hat aus dem Nettoaufwand der Position 740 Friedhof, Bestattung, unter Abzug der Einnahmen der Erbschafts- und Schenkungssteuern, ein Verlust resultiert. Im 2006 war dem nicht mehr so, es resultierte eine Überdeckung von rund Fr. 4'000.00. Ich komme somit zum Schluss, dass in Wettingen, im Gegensatz zu den Ressorts Gesundheit und Verkehr, eigenwirtschaftlich gestorben wird. Man könnte fast sagen, die Gemeinde macht ein Geschäft mit dem Tod. Das geht insbesondere an die Adresse jener Leute, welche öffentlich die Einführung einer eidgenössischen Erbschaftssteuer fordern.

8. Volkswirtschaft

Dr. Charles Meier: Betreffend Weinbau hat man mir immer gesagt, der Gemeinderat müsse gewisse repräsentative Pflichten erfüllen. Deshalb entspräche der Nettoaufwand dem Eigenverbrauch an Wein der Gemeinde. Bei einem Preis von Fr. 12.00 pro Flasche stelle ich somit fest, dass dieser Eigenverbrauch 2006 um 604 Flaschen bzw. 15.7 % angestiegen ist. Na dann Prost!

9. Finanzen, Steuern

Keine Bemerkungen.

Investitionsrechnung, Artengliederung

Keine Bemerkungen.

Rechnung EWW

Thomas Bodmer: Schon seit Jahren ist die Rechnung des EWW ein Thema im Gemeinderat und in der Finanzkommission. Ich selber bin erstmals vor 4 Jahren auf die Probleme aufmerksam geworden. Die Revisionsstellen der Gemeinde und des EWW sind zwei unterschiedliche Unternehmen, weshalb die Schnittstellen von niemand geprüft und nachvollzogen werden können. Mit meinem Postulat habe ich durchblicken lassen, dass diesbezüglich eine ungenügende Transparenz herrscht. Der Einwohnerrat hat das Postulat überwiesen. Der Gemeinderat hat jedoch nicht vor, diesbezüglich etwas zu unternehmen. Der damalige Gemeinderat hatte das Gefühl, mit persönlichen Beleidigungen reagieren zu müssen. Jetzt ist sein Nachfolger im Amt. Die Revisionsstelle der Gemeinde, die BDO, hat die Gemeinde bereits zweimal im Rahmen ihres Revisionsberichtes auf diese Probleme aufmerksam gemacht. Es zeigt sich nun, wie schwierig es in unserer Gemeinde ist, Transparenz zu schaffen und wie lange es geht, bis die Probleme als solche wahrgenommen werden. Erst jetzt, im letzten Moment, wenn dem Gemeinderat das Messer an den Hals gesetzt wird, wird etwas unternommen. Doch ob die Visen auf den kritisierten Rechnungen nun wirklich vorliegen, habe ich persönlich nicht gesehen. Sind jetzt wirklich alle Rechnungen durch die Gemeinde bereinigt und ordnungsgemäss visiert? Weiter stellt sich für mich die Frage, ob die Grundsätze der Rechnungslegung, welche für die Gemeinde, und damit für all ihre Abteilungen gelten, auch vom EWW umgesetzt werden? Werden die Rechnungen des EWW nach den gleichen Weisungen und Richtlinien erstellt? Ist es in den anderen Bereichen auch so, dass bei der Weiterverrechnung Beträge Dritter einfach ein Zuschlag von 50 % dazugerechnet wird? Ich möchte gerne diese Fragen beantwortet haben.

Dr. Markus Dieth: Ich wiederhole ungern, was ich schon anlässlich der letzten Budgetberatung gesagt habe. Es hat wiederum das bewährte Frage-Antworten-Spiel zwischen der Finanzkommission und dem Gemeinderat stattgefunden. Ich wiederhole nicht noch einmal, wie die Gelder des EW angelegt sind. Seitens der Verwaltungskommission gibt es diesbezügliche Anweisungen. Die Fraktionen haben Vertretungen in der Finanzkommission und erhalten von diesen die entsprechenden Informationen. Die Gelder werden auf alle Fälle gewinnbringend angelegt. Der Kontokorrentzins ist momentan besser als in früheren Jahren. Das EW ist bemüht, die Festgelder so gut wie möglich anzulegen. Es besteht diesbezüglich nun auch eine grössere Transparenz gegenüber der Verwaltungskommission. Es wird halbjährlich über die Geldanlagen Bericht erstattet.

Bezüglich der Rechnungslegung kann ich sagen, dass der Gemeinderat bereits bei der Beantwortung der gestellten Fragen durch die Finanzkommission entsprechende Abklärungen gemacht hat und auch bereits gehandelt hat. Vor allem betreffend dem Investitionsbegriff und der integrierten Investitionsrechnung wurden bereits erste Abklärungen beim Kanton vorgenommen. Im Rahmen der letztjährigen Budgetprüfung wurden fragespezifische Richtlinien ausgearbeitet. Im Zusammenhang mit dem revidierten Strommarktgesetz wird es zu diesbezüglichen Änderungen von kantonalen Richtlinien kommen.

Betreffend den Rechnungen Rosenauweg: Die Finanzkommission wurde darüber informiert, dass die Rechnungen alle visiert worden sind. Auch Thomas Bodmer als Mitglied der Finanzkommission. Wie Urs Heimgartner, Leiter Bau- und Planungsabteilung, festgestellt hat, handelt es sich bei den genannten Rechnungen um Bestandteile des Verpflichtungskredites. Die definitiven Kosten werden im Rahmen der Kreditabrechnung vorliegen. Die Finanzkommission hat den Gemeinderat aufgefordert, entsprechende Richtlinien für die Rechnungslegung EW - Gemeinde zu erstellen. Der Gemeinderat wird dieser Aufforderung nachkommen und in Zusammenarbeit mit der BDO Visura, der Finanzverwaltung, der Bau- und Planungsabteilung sowie dem EWW entsprechende Richtlinien erarbeiten. Es wird in Aussicht genommen, dass diese per 1. Januar 2008 in Kraft treten, damit sie für das nächste Budget 2009 umgesetzt werden können.

Es wurde von Herr Bodmer noch ein weiter Punkt angesprochen betreffend Rechnungsfaktoren und Rechnungsmodalitäten im Zusammenhang mit der Erneuerung der Strassenbeleuchtung. Ich möchte hier festhalten, dass das EW schon seit Jahren diese Zuschläge berechnet. Es wurden entsprechende Vorgaben im Jahr 2005 erarbeitet, welche im Jahr 2006 eingeführt worden sind. Als Mitglied der Finanzkommission weiss Thomas Bodmer auch, dass die Revisionsstelle des EW im Auftrag der Finanzkommission diese Thematik als Schwerpunktprüfung bereits einmal überprüft und für in Ordnung befunden hat. Die ganze Thematik wird jetzt auch nochmals im Zusammenhang mit den Richtlinien des Gemeinderates für die Rechnungslegung nochmals überprüft. Die Richtlinien werden im August der Finanzkommission zur Stellungnahme unterbreitet. Sie kann dann sagen, ob sie damit einverstanden ist oder nicht.

Thomas Bodmer: Meine Fragen sind immer noch nicht beantwortet. Es geht ja auch in erster Linie nicht darum, dass nur die Rechnungen Rosenauweg nicht visiert wurden, sondern es gibt noch viele andere Rechnungen und Unstimmigkeiten. Ich möchte eine Bestätigung, dass es nirgends in der Gemeinde, mit Ausnahme derer, die über den Verpflichtungskredit abgerechnet werden, mehr unvisierte Rechnungen gibt. Zweitens ist das EWW nichts anderes als ein Teil der Gemeinde. Ich frage mich deshalb, ob der Kostenaufschlag nicht auch umgekehrt gehandhabt wird; dass also der gleiche Kostenaufschlag dem EWW weiterverrechnet wird. Ich möchte eine Bestätigung, dass das EWW gleich arbeitet wie die anderen Abteilungen der Gemeinde.

Die SVP ist der Auffassung, dass die Ausführungen und Begründungen, die im Bereich EWW vorliegen, relativ fragwürdig sind. Wir haben darüber diskutiert, ob wir diese Rechnung ablehnen oder zurückweisen wollen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir uns der Stimme enthalten werden. Es gibt verschiedene Fakten, aus denen wir nicht schlau werden. Wieso nimmt das EW Verhandlungen mit einer Nachbargemeinde auf betreffend Verlegung des Werkhofes? Welche anderen Elektrizitätswerke will das EW übernehmen? Bei einer Übernahme werden nämlich diejenigen Gelder ausgegeben, die das EWW über Jahre hinweg dem Steuerzahler mit überhöhten Strompreisen aus der Tasche gezogen hat. Welches sind die Absichten des EWW? Das EWW soll klar bekennen, was es vorhat.

Rückkommen

Nicht verlangt.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 24 : 0, bei 22 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Die Verwaltungsrechnungen 2006 der Einwohnergemeinde sowie des Elektrizitäts- und Wasserwerkes werden genehmigt.

5. Rechenschaftsbericht 2006

Dr. Charles Meier: Ich stelle einen Ordnungsauftrag. Nachdem der Präsident vor hat, den Rechenschaftsbericht noch vor der Pause zu beraten und die Zeit dafür sehr knapp ist, stelle ich den Antrag, dieses Geschäft auf die nächste Sitzung vom 6. September 2007 zu verschieben. Früher wurden die Rechnung und der Rechenschaftsbericht auch an verschiedenen Sitzungen behandelt.

Abstimmung

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag auf Verschiebung des Geschäftes mit 36 : 11 Stimmen ab.

Eintreten

Andreas Rufener, Präsident Geschäftsprüfungskommission: Der Gemeinderat hat der Geschäftsprüfungskommission den Rechenschaftsbericht 2006 der Gemeinde Wettingen zur Prüfung überwiesen. Als Schwerpunktprüfung haben wir den Bereich "Soziale Wohlfahrt" betrachtet.

Nach dem Studium des Rechenschaftsberichtes und einem längeren, ausführlichen Gespräch mit dem Leiter der Sozialen Dienste, Herrn Herbert Eberle, können die Eindrücke, Fragen und Anregungen wie folgt zusammengefasst werden:

Der Wechsel in der Leitung des Sozialdienstes sowie die Einstellung von neuen Mitarbeitenden hat einiges an Energie und zeitlichen Aufwand gekostet, zahlt sich aber mit Bestimmtheit aus. Es ist ein gutes, professionelles und motiviertes Team, das aufgrund guter Einarbeitungsbedingungen und ständiger Weiterbildungsmöglichkeiten den Anforderungen gewachsen ist. Allerdings ist nach wie vor eine sehr hohe Arbeitsbelastung vorhanden. Mit guten Arbeitsbedingungen soll erreicht werden, dass die Fluktuation möglichst niedrig gehalten wird, was die finanziellen und personellen Ressourcen entlastet. Für die komplexen Beratungstätigkeiten werden ausschliesslich ausgebildete Sozialarbeitende angestellt.

Innerhalb der Vorgaben ist es Herbert Eberle und seinem Team ein grosses Anliegen, mit den zur Verfügung gestellten materiellen Ressourcen sehr sorgsam und zielgerichtet umzugehen. Mit den Klienten und Klientinnen werden Zielvereinbarungen ausgearbeitet. Dabei wird der Integration grosses Gewicht beigemessen.

Aus dem Rechenschaftsbericht geht hervor, dass neue Probleme auf die Sozialen Dienste zukommen werden. Angesprochen sind die neuen Armutsrisiken (Ausgrenzung aus der Leistungsgesellschaft, IV-Renten-Ablehnung, somatische/psychischen Langzeitprobleme, Ausgrenzung aus Arbeitsmarkt). Dies zeigt sich auch in der zunehmenden Komplexität der Fälle. Neue, niederschwellige und langfristige Angebote sind nötig. Die Entwicklung von Lösungen und Projekten in Zusammenarbeit mit verwandten Stellen wird in Zukunft sowohl die Mitarbeitenden des Sozialdienstes wie auch die Politik beschäftigen.

Unsere weiteren Fragen zum Rechenschaftsbericht hat der Gemeinderat schriftlich beantwortet. Wir konnten dabei die Richtigkeit und Vollständigkeit des Rechenschaftsberichtes feststellen und bedanken uns für die geleistete Arbeit.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig den Rechenschaftsbericht 2006 der Gemeinde Wettingen zu genehmigen.

Eintreten nicht bestritten

Detailberatung

0. Allgemeine Verwaltung

Keine Bemerkungen.

1. Öffentliche Sicherheit

Marie-Louise Reinert: Der Rechenschaftsbericht ist vor allem ein Dokument von viel effizient und gut geleisteter Arbeit für die Gemeinde. Ein paar Beispiele seien herausgepickt: Dank an die Polizei, die die Verantwortung für die Verkehrseinführung unserer Schulkinder trägt. Dank an die Zahnprophylaxe-Helferinnen: Auch ihre Arbeit ist volkswirtschaftlich wichtig. Sind die Eltern der Kinder in diese Information einbezogen? Es ist nicht selbstverständlich, dass die Kinder zuhause dasselbe hören und unterstützt werden. Dank an die Bibliothek: 4-mal wurden die Bestände umgesetzt im letzten Jahr. Die Angebote der Bibliothek unterstützen die Lehrpersonen in ihren Bildungsanstrengungen.

Dr. Charles Meier: Ich habe eine Frage zu den Verkehrsmessungen. Insgesamt wurden infolge Geschwindigkeitsüberschreitungen 3'751 Anzeigen gemacht, d.h. die Übertretungsquote beträgt 5.1 %. Betrafen diese ausschliesslich Autofahrer oder wurden auch Motorradfahrer und Radfahrer gebüsst?

Warum führt die Gemeindepolizei keine Statistik nach Verkehrskategorien: Motorfahrzeuge, Fussgänger, Radfahrer? Wurden bei den letztgenannten Kategorien (z.B. Velofahren ohne Licht, Strassenüberquerung bei Rot usw.) überhaupt Bussen ausgestellt? Oder gilt das Strassenverkehrsgesetz nur für die Autofahrer?

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Wir haben keine solchen Statistiken. Wir haben den Grundsatz, dass unsere Polizei draussen so viel als möglich für die öffentliche Sicherheit sorgen soll, statt im Büro irgendwelche Statistiken zu erstellen.

2. Bildung - 4. Gesundheit

Keine Bemerkungen.

5. Soziale Wohlfahrt

Dr. Charles Meier Es ist nachzulesen, dass im Berichtsjahr die Alimente für 109 Kinder im Betrage von Fr. 722'000.00 bevorschusst werden mussten. Ich möchte wissen, welche rechtlichen oder andere Gründe gegen die Publikation der Namen dieser Rabenväter sprechen?

Gemeinderätin Yvonne Feri: Der Datenschutz.

Dr. Charles Meier: Die hohe Zahl von 1'195 arbeits- oder stellenlosen Personen entspricht ca. 12.8 % der unselbständig erwerbenden Steuerpflichtigen. Diese Zahl liegt somit um ca. 3 - 4 mal höher als die in der amtlichen Statistik ausgewiesene Arbeitslosigkeit von ca. 3 - 3.5 %. Wie erklärt sich diese Diskrepanz?

Gemeinderätin Yvonne Feri: Es handelt sich dabei um die Summe eines ganzen Jahres. Die Totale der einzelnen Monate werden zusammengezählt.

6. Verkehr - 10. Gemeindewerke

Keine Bemerkungen.

11. Regionale Körperschaften

Marie-Louise Reinert: Baden Regio befasst sich unter anderem mit einem Agglomerationsprogramm Aargau Ost, mit dem Verkehrsmanagement im Grossraum. Ich möchte gerne wissen, wie die Politiker in dieser Körperschaft die Zukunft der Region und damit Wetingens sehen. Der Bericht ist sehr metasprachlich abgefasst: Es wurden Berichte genehmigt, vorgelegt, eingereicht, überarbeitet. Was darin steht, ist nicht ersichtlich. Ich denke, die Bewohner würden gerne wissen, was für eine Vorstellung der Zukunft dieses Gremium leitet. In diesem Zusammenhang sehe ich die über 1'000 Wohnungen, die in Wetingen von 2000 bis 2006 gebaut worden sind. In diesem Zusammenhang sehe ich die Aussage eines Fachmanns über die Kapazität des Badener Schulhausplatzes, der auch bei einem Umbau nicht mehr Verkehr werde fassen können. Wohin entwickelt sich die Region?

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Das Agglomerationsprogramm wurde vom Bund erarbeitet und den betroffenen Regionalplanungsverbänden und Gemeinden zur Vernehmlassung zugestellt. Es handelt sich dabei um eine der wichtigsten Planungsvorgaben. Dazu kommen auch die Planungsvorgaben des Kantons, namentlich der Richtplan und der Verkehrsrichtplan.

Dr. Charles Meier: Der Bericht über die Umsetzung des Leitbildes Verkehr tönt nicht überzeugend. Nach einigen Forumsveranstaltungen in Baden hört man nichts mehr, es sind nur noch die Verkehrs-Technokraten und die Gemeindeammänner am Werk. Ich möchte deshalb von unserem Gemeindeammann, er ist ja auch Präsident von Baden Regio, wissen, wie es beispielsweise mit der Sanierung des Schulhausplatzes in Baden steht, welche verschiedenen Varianten diskutiert und ob im Forum auch eine auszuführende Variante beschlossen worden ist? Hat man sich vollends auf das Stauen und Behindern konzentriert? Der Bericht zum Verkehrsmanagement Baden-Wettingen hat gezeigt, dass sich auch in verkehrsplanerischer Hinsicht die Sperrung der schiefen Brücke als grosse Dummheit und vor allem als unnütze Umweltbelastung (unnötige Umwegfahrten) erwiesen hat.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Die erwähnten Beispiele betreffen die Kantonsstrassen, wo der Kanton zuständig ist. Der Regionalplanungsverband Baden Regio wurde diesbezüglich angehört und hat sich entsprechend geäussert. Die Stadt Baden kann am ehesten Einfluss auf das Projekt nehmen, da sie einen Teil daran zahlen wird. Aber Baden Regio hat diesbezüglich keine Einflussmöglichkeiten.

Rückkommen

Nicht verlangt.

Abstimmung

Einstimmig fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Der Rechenschaftsbericht des Gemeinderates für das Jahr 2006 wird genehmigt.

6. Finanzpolitische Vorstösse

Patrick Bürgi: Im Namen von Beat Brunner und Roland Brühlmann danke ich dem Gemeinderat für die Entgegennahme unserer Postulate. Die Postulate erfüllen zwei Zwecke, einerseits die Prüfung des reduzierten Steuerfusses im Rahmen des Finanzplanes, andererseits im Rahmen des Budgets.

Der Finanzplan wird während der Amtsperiode dem Einwohnerrat nicht zur Kenntnisnahme unterbreitet. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir unsere Bedürfnisse einfließen lassen. Ihnen wurde der Finanzplan 2007/2011 mit verschiedenen Varianten zustellt. Sie können Ihre eigenen Schlüsse daraus ziehen.

Das Budget wird in den nächsten Wochen erstellt. Die Finanzkommission wird im August darüber beraten. Mit diesen beiden Punkten sind unsere Bedürfnisse erfüllt. Wir bitten Sie daher um Überweisung.

Thomas Bodmer: Im Kanton Aargau wurden noch nie so viel Steuern bezahlt wie im Jahr 2006, sowohl in Franken als auch in Prozenten. Dies ist deshalb der Fall, weil die kalte Progression seit Jahren nicht mehr ausgeglichen wurde, und wenn, dann mit einer Verzögerung und nur zu einem Teil.

Als Steuerberater spüre ich auch, wie die Steuerschraube immer mehr angezogen wird. Beispielsweise mit dem neuen Lohnausweis etc. Dieser führt lediglich dazu, dem Steuerzahler ein paar Franken mehr aus der Tasche zu ziehen. Die Gemeinden sind die Profiteure davon. Deshalb steigen stetig auch unsere Steuereinnahmen.

Gemäss dem vorliegenden Finanzplan ist dies scheinbar aber nicht so. Wieso können wir dem Mittelstand davon nicht etwas zurückgeben? Der grösste Teil der Ausgaben machen die vorgesehenen Ausbautetappen des tägi aus. Ich habe auch schon gehört, dass man zwischenzeitlich sogar schon von 4 statt 3 Etappen spricht. Der Bau des tägi hat Investitionen von 20 bis 30 Mio. ausgelöst. Der damalige Gemeinderat hat gesagt, dass keinerlei Folgekosten auf uns zukommen. Unterdessen haben wir bereits den dreifachen Betrag der ursprünglichen Investition ausgegeben für Betriebsdefizite und Unterhaltarbeiten.

Aber selbst wenn man daran glaubt, dass diese Fr. 70 Mio. investiert werden müssen, hat die Sache immer noch einen Hacken. Denn gemäss unseren Abschreibungsvorschriften müssen Investitionen innert 4 Jahren abgeschrieben werden. Pro Jahr wären dies Fr. 15 bis 30 Mio. Wieso wird dies gemacht? Um eine Steuerfussenkung zu verhindern.

Wir haben dies schon x-mal diskutiert, auch im Zusammenhang mit dem Finanzplan. Wir haben Luft von über Fr. 30 Mio. im Finanzplan, die Umsetzung aller der darin geplanten Investitionen erscheint mir sehr unwahrscheinlich. Aus diesem Grund ist eine Steuerfussenkung um 5 % problemlos möglich. Auch die vorgesehenen Investitionen im tägi können verkraftet werden. Es sagt ja niemand, dass wir weiterhin immer 15 % freiwillige Pflichtabschreibungen vornehmen müssen.

Die SVP-Fraktion hält an ihrer Motion fest und ist nicht bereit, diese in ein Postulat umzuwandeln.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Der Gemeinderat ist bereit, die beiden Postulate entgegenzunehmen. Er lehnt jedoch die Motion der SVP ab, wäre aber bereit, diese als Postulat ebenfalls entgegenzunehmen. Der Gemeindehaushalt wird im Wesentlichen geprägt durch den Aufwand für die Aufgaben, die die Gemeinde von Gesetzes wegen zu erfüllen hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass über 80 % gebundene Ausgaben sind, die dem Ermessensspielraum entzogen sind. Diesem Aufwand muss ein ausreichender Ertrag gegenüber stehen; hier liegt der Ermessensspielraum im Wesentlichen beim Steuerfuss. Vorerst muss der Aufwand bekannt sein. Etliche erheblich ins Gewicht fallende Aufwandpositionen sind erst in der Budgetphase bekannt, so beispielsweise die Vorgaben bezüglich Gesundheit und ÖV, die Konsequenzen des NFA, Auswirkungen bezüglich APK bei Zweckverbänden, Schulgeldern etc. Auch weitere gewichtige Positionen können erst im Spätsommer beurteilt werden, so beispielsweise der Steuerertrag und die Sozialhilfe.

Der Gemeinderat ist bestrebt, ein Budget ohne grosse Polster zu unterbreiten, zumal solche Polster nur in dem ohnehin knapp bemessenen Wunschbedarf liegen können. Dies bedeutet, dass bei einem vorgängig festgelegten Steuerfuss der Budgetausgleich unter Umständen nicht vorgenommen werden kann und ein Aufwandüberschuss hingenommen werden müsste. Entscheidend für die Budgetierung ist, dass eine umfassende und möglichst realistische Auslegeordnung gemacht wird und dann die Beurteilung vorgenommen wird, welche Sparpotentiale möglich sind und welcher Steuerfuss erforderlich ist. Dabei ist der Gemeinderat bestrebt, den Steuerfuss tief zu halten. Der Gemeinderat hat Ihnen seinen neusten Finanzplan zur Kenntnisnahme unterbreitet. Dieser Finanzplan ist ein Arbeitspapier des Gemeinderates, einerseits gestützt auf das Rechnungsergebnis 2006 und andererseits auf die Prognosen im Frühjahr 2007. Es ist also eine Zeitaufnahme im Frühjahr 2007. Der Finanzplan zeigt, welche Auswirkungen bestimmte Steuerfüsse haben respektive haben könnten und welches gemäss den massgeblichen Eckwerten der "richtige" Steuerfuss wäre. Aber wie gesagt: Es handelt sich um eine Zeitaufnahme und bei der Festlegung des Budgets kann einiges schon wieder anders aussehen, die Eckwerte können konkreter werden: Die zu erwarteten Steuern können genauer geschätzt werden; beim Nettoaufwand geht es nicht um eine geschätzte Zunahme um 2 %, sondern um konkrete Budgeteingaben. Deshalb bitte ich Sie, diesen Finanzplan ebenfalls als ein relatives Arbeitspapier zu betrachten. Bei der Budgetierung wird Ihnen der Gemeinderat den Steuerfuss beantragen, der ihm erforderlich erscheinen wird. Falls der Steuerfuss nicht bei 86 % oder 84 % liegen wird, wird der Gemeinderat aufzeigen, welche Konsequenzen die postulierten Steuerfussreduktionen haben würden. In diesem Sinne ist der Gemeinderat bereit, die Postulate entgegenzunehmen.

Er ist jedoch nicht bereit und nicht in der Lage, sich ohne Kenntnis der Aufwandpositionen einen verbindlichen Steuerfuss vorschreiben zu lassen. Deshalb ist die Motion der SVP für den Gemeinderat nicht akzeptabel. Der Gemeinderat ist einverstanden, dass die Postulate überwiesen werden, beantragt aber die Ablehnung der Motion.

Dr. Charles Meier: Wir haben gehört, der Gemeinderat ist bereit, unsere Motion als Postulat entgegen zu nehmen. Dies würde aber bedeuten, dass der Gemeinderat völlig frei wäre bei der Festsetzung des Steuerfusses. Dies ist aber eine Aufgabe des Gemeindeparlamentes. Wir sind berechtigt, dem Gemeinderat gewisse Vorgaben zu machen, auch bezüglich des Steuerfusses.

Thomas Meier: Die Gemeinde Wettingen schreibt in den letzten Jahren eine klare Erfolgsgeschichte. Die Schulden wurden von über Fr. 30 Mio auf Null gesenkt. Gleichzeitig haben wir schrittweise den Steuerfuss von 100 % auf aktuell attraktive 89 % gesenkt. Dies bei einer nicht spitzenmässigen Steuerkraft. Ganz nebenbei haben wir im Gegensatz zu anderen Gemeinden und zum Kanton immer die Arbeitgeberbeiträge in die Pensionskasse einbezahlt. Und was ganz wichtig ist, die Infrastruktur der Gemeinde wird vorbildlich in Takt gehalten und wo nötig punktuell verbessert. Wie gesagt eine Erfolgsgeschichte.

Die Zeichen stehen eindeutig, dass die Erfolgsgeschichte auch 2007 und voraussichtlich auch 2008 weitergehen kann. Die Überprüfung einer weiteren Steuerfussenkung ist unter diesen Voraussetzungen mehr als gerechtfertigt.

Der Gemeinderat ist die Führung dieses „Unternehmens“ Wettingen. Wie im Wirtschaftsleben üblich, bekommt eine erfolgreiche Führung mehr Freiheiten als eine nicht erfolgreiche. Eine Verpflichtung auf eine Steuerfussreduktion um 5 % ist aus der Sicht der CVP eine unnötige Bevormundung einer erfolgreichen Führungscrow. Deshalb lehnen wir die Motion ab.

Die Überweisung der Postulate ist für uns ein gutes Zeichen, sehen wir doch viele Argumente, die eine Reduktion im nächsten Budget rechtfertigen. Wir warten gerne auf das Budget 2008, wo uns der Gemeinderat seine Lösung mit den entsprechenden Argumenten präsentieren wird. Dann hat der Einwohnerrat die Möglichkeit, diese Ansicht zu teilen, oder seine Ansicht durchzusetzen.

Wir lehnen die Überweisung der verbindlichen Motion ab, unterstützen aber klar die Entgegennahme der beiden Postulate.

Markus Maibach: Der Finanzplan zeigt, welche Aufgaben der Gemeinderat erfüllen muss. Wiederum ist es eine gute Übersicht. Beim Lesen des Finanzplanes haben wir zwei Fragezeichen.

Das erste Fragezeichen, wieso ist der Gemeinderat auf die Postulate eingegangen und zeigt verschiedene Varianten der Steuerfussenkung auf und legt sich nicht auf eine Variante fest?

Ich denke, es lohnt sich, diesen Finanzplan genau anzuschauen. Er ist für die Zukunft der Gemeinde wichtig. Die Steuerfussdiskussion soll aber erst abschliessend in der Budgetdiskussion erfolgen. Der Finanzplan zeigt auch, dass wir mehr investieren müssen. Die tägi-Investitionen sind darin berücksichtigt; dies zu Recht; die Diskussion wird in absehbarer Zeit folgen. Wir begrüssen, dass diese Investitionen jetzt berücksichtigt werden.

Das zweite Fragezeichen ergibt sich bezüglich der Realitätsnähe. Diesbezüglich gebe ich teilweise Thomas Bodmer Recht. Der Finanzplan ist mit grossen Unsicherheiten behaftet. Wir werden nachher über eine Vorlage (Umgebung Schulanlagen) abstimmen, die bis jetzt nicht im Finanzplan enthalten war. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir flexibel bleiben, damit die Gemeinde langfristig planen kann.

Weiter interessant ist, dass je nach Szenario vor 2010 die kritische Verschuldungsschwelle erreicht wird. Es hat also keine Luft mehr. Unabhängig davon was wir machen, wir betreiben höchsten "Pflästerlipolitik" für ein, zwei Jahre. Wir verzichten deshalb bei der Abstimmung über die Postulate auf eine Stimmabgabe. Es ist sinnvoller, diese Frage im Rahmen des Budget zu klären. Aus unserer Sicht macht aber eine Steuerfussenkung keinen Sinn. Deshalb lehnen wir auch klar die Motion ab.

Eva Lanz: Die Gemeinde Wettingen kann nun seit einigen Jahren immer wieder grosse Überschüsse ausweisen. Mit den erwirtschafteten Überschüssen konnten in den letzten Jahren die Schulden fast gänzlich abgebaut werden. Da nun keine Altlasten mehr vorhanden sind, in welche die Überschüsse fliessen könnten, ist es für die FDP offensichtlich, dass der Steuerfuss weiter gesenkt werden kann. Im weiteren gilt es zu bemerken, dass die Konjunkturprognosen aller einschlägigen Institute auch für das nächste Jahr gut sind. Es ist also nicht mit einem Einbruch der Steuerertragslage zu rechnen.

In der Gemeinde stehen für die nächsten Jahre grosse Investitionen an, sodass es dann klappen sollte. Es darf aber trotzdem nicht sein, dass wir schon jetzt auf Kosten der Steuerzahler für künftige Ausgaben Reserven anhäufen.

Daher wird sich die FDP hinter den Antrag der Finanzkommission stellen und begrüsst eine weitere Reduktion des Steuerfusses.

Ich bin aber der Meinung, dass die Vorstösse als Postulate entgegengenommen werden müssen, nicht als verbindliche Motion, wie es die SVP wünscht. Zum heutigen Zeitpunkt ohne Grundlagen und Zahlen geht das zu weit.

Thomas Bodmer: Wenn man in Wettingen von "Schulden" spricht, ist das etwas überheblich. Wir können ja schon Luxusprojekte wie das tägi selbst finanzieren. Dabei ist in jedem Betrieb üblich, dass ein Teil der Investitionen mit Fremdkapital finanziert wird.

Aber liebe Einwohnerräte, in ungefähr 12 Wochen geht das Budget mit allen Detailzahlen und ohne Lücken an die Finanzkommission. Ungefähr Mitte August beginnt die Finanzkommission mit den Beratungen. Das Budget ist jetzt schon pfannenfertig vorhanden. Es müssen höchstens noch ein paar Detailanpassungen gemacht werden. Die Mehrheit der Daten ist vorhanden. In den letzten Jahren hat es nie grosse Abweichungen gegeben. Deshalb können wir schon heute diese Frage der Steuerfussenkung beurteilen.

Ich habe nach 6 Jahre Finanzkommission genügend Erfahrung wie dies in der Praxis abläuft. Ich kann heute eine Wette eingehen, dass der Steuerfuss irgendwo zwischen 95 % und 89 % festgelegt wird. Dann wird gefightet und gefightet. Nach der ersten Fiko-Sitzung sind wir dann bei 89 %. Anschliessend werden die 3 % des Postulates berechnet und festgestellt, dass auch 5 % möglich wären. Selbst Exponenten der FDP und CVP mussten ihr eigenes Postulat überholen, da auch eine weitere Senkung möglich ist. Wir können jetzt die 5 % festnageln. Wir können dann immer noch nach oben abweichen, wenn es finanziell nicht geht. Aber der Gemeinderat hat dann einen klaren Auftrag.

Marie-Louise Reinert: Die Fraktion EVP/Forum 5430 will den Steuerfuss nicht gesenkt haben:

1. Die Aufgaben der Gemeinde können besser wahrgenommen werden, wenn genug Personal in den Ämtern zur Verfügung steht, wenn die Menschen, die die Arbeit in Sozialamt oder Bau oder Planung und den andern Gemeindeämtern erbringen, nicht über das Mass gefordert sind.
2. Die öffentlichen Anlagen wie Schulhausumgebungen müssen gepflegt und gereinigt werden.
3. Die Entwicklung Wettingens muss nicht in dem Tempo laufen, als ob es ein Entwicklungsland wäre. 1000 Wohnungen in sechs Jahren verlangen natürlich nach einem grossen Zulauf von neuen Einwohnern. Der niedrige Steuerfuss ist aber eher Effekthascherei. Nach den Zahlen in der Rechnung müsste er bald wieder erhöht werden.
4. Sparterror hat keine guten Effekte. Es gibt durch das Sparen um jeden Preis an der Front, wo gearbeitet wird, manchmal sehr groteske Effekte. Eine Gemeinde ist mehr als ein Unternehmen, und sie soll nicht nur nach unternehmerischen Gesetzen gelenkt werden.

Abstimmung

Die beiden Postulate werden stillschweigend überwiesen.

Die Überweisung der Motion wird mit 35 : 10 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

Beschluss des Einwohnerrates

- 6.1. Das Postulat Patrick Bürgi, Beat Brunner und Roland Brühlmann vom 1. März 2007 betreffend Prüfung Reduktion des Steuerfusses um 3 % per 1. Januar 2008 wird überwiesen.
- 6.2. Das Postulat Patrick Bürgi, Beat Brunner und Roland Brühlmann vom 3. Mai 2007 betreffend Prüfung Reduktion des Steuerfusses um 5 % per 1. Januar 2008 wird überwiesen.
- 6.3. Die Motion SVP-Fraktion vom 3. Mai 2007 betreffend Reduktion des Steuerfusses um 5 % per 1. Januar 2008 wird abgelehnt.

7. Kreditbegehren von Fr. 442'500.00 für die Erneuerung der Kanalisationsanlagen, Werkleitungen und Strassenwiederinstandstellung Altenburgstrasse (Zentral-/Mythenstrasse)

Werner Hartmann: Auslöser für dieses Projekt ist die ungenügende Kapazität der vorhandenen Rohlinge. Diese müssen ersetzt und erweitert werden. Der Sanierungsbedarf ist gegeben. Das Projekt ist mit ähnlichen Projekten vergleichbar. Die Finanzierung erfolgt einerseits zu Lasten der Einwohnergemeinde, andererseits zu Lasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Abwasser. Es handelt sich um ein gutes Projekt. Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig die Zustimmung.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Für die Erneuerung der Kanalisationsanlagen und Strassenwiederinstandstellung Altenburgstrasse (Zentral-/ Mythenstrasse) wird ein Kredit von Fr. 442'500.00 (inkl. MwSt.) bewilligt.

8. Kreditbegehren von Fr. 5'730'000.00 für die Sanierung und Neugestaltung der Umgebungen in den Schulanlagen der Gemeinde Wettingen

Franz-Beat Schwere: Ich kann mich leider nicht ganz so kurz fassen wie mein Vorredner, da die Ausgangslage sehr vielfältig ist:

In den vergangenen Jahren wurden diverse Sanierungen von Schulanlagen in den Schulkreisen Margeläcker, Dorf und Bezirksschule sowie HPS geplant oder realisiert. Dabei wurde stets auf die Sanierung der Umgebung bewusst verzichtet, da der Gemeinderat der Auffassung war, einerseits ein Gesamtkonzept zu erarbeiten und andererseits die Erneuerung der Umgebung in den Schulanlagen getrennt von der Gebäudesanierung durchzuführen.

Die Sanierung wird im Zeitraum Herbst 2007 bis 2011 vorgenommen. Diese hohen Investitionen sind auch Bestandteil des DUEGA-Programmes.

Das Konzept sieht vor, dass nach Prioritäten die Umgebungssanierung umgesetzt wird und infolge der geplanten Erweiterung und Renovation im Altenburg gestartet werden soll.

Generelle Erkenntnisse: Der heutige Zustand zeigt Verbesserungsbedarf in den Bereichen Spielflächen, Sportplatz-/Hardplatzbelägen und Umzäunungen sowie Instandhaltung von Bäumen und Baumgruppen. In das Gesamtkonzept sind auch die Bedürfnisse seitens der Schulen an die Umgebung eingeflossen.

Ein Projektpflichtenheft, das in gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen der Bau- und Planungsabteilung und der Schulleitungen/-pflege erarbeitet worden ist, bildete die Grundlage für die Submission unter drei Fachingenieurbüros. In das Projekt wurden auch Landschaftsarchitekten, Spielplatzgestalter und Baumpfleger miteinbezogen, damit für jede Schulanlage Projekte entwickelt werden konnten.

Das Kreditbegehren umfasst im Wesentlichen:

Altenburg	<ul style="list-style-type: none"> - Sanierung Nordseite zuerst in 2007/2008 - Sehr viele neue Spielgeräte - Sanierung bestehender Allwetterplatz, ca. 15 Jahre alt - Neuer zusätzlicher Sportplatz, Reduktion der Rasenfläche - Kreditantrag Schulhaus Altenburg beinhaltet Sanierung Pausenplatz ebenfalls. Bei Annahme Umgebungskredit durch das Volk, wird Kredit Altenburg um Fr. 661'000.00 gekürzt.
Dorf	<ul style="list-style-type: none"> - Bestehender Rasenplatz wird durch ein Allwetterplatz ersetzt - Südlich vom Sulpergschulhaus zur Landstrasse hin ist ein kleiner Allwetterplatz für die Unterstufe geplant - Erstellung einer Fernwärmeleitung im Bereich Zehntenhof-Schulhaus und Turnhalle
Margeläcker	<ul style="list-style-type: none"> - Grosse Flächen Belagssanierung - Versetzung Laufbahn und Allwetterplatz für die Unterstufe - Roter Sportplatz saniert - Neues Beachvolleyballfeld - Neue Spielgeräte - Grünes Klassenzimmer
Bezirksschule	<ul style="list-style-type: none"> - Grosse Flächen Belagssanierung - Neuer roter Hardplatz anstelle Asphaltplatz - Einzäunungen erneuern

Die Kosten für die Umgebungsgestaltung wurden aufgrund von Richtofferten und Erfahrungswerten vergleichbarer Bauvorhaben berechnet. Die Kostenaufstellung im Kreditbegehren zeigt auf, dass für die Sport- und Hartplatzbeläge knapp 2/3 der Investitionssumme aufgebracht wird.

Die Beratungshonorare belaufen sich mit ca. 5 % auf einem tiefen Niveau, da viele Flächen in der Sanierung enthalten sind, die nicht einen grossen Schwierigkeitsgrad im Vergleich zu Gebäudesanierungen aufweisen.

Im Bereich „Diverses“ bildet die Entsorgung von Materialien, Erstellung einer Fernwärmeleitung im Dorfareal und die Anschaffung von Sitzbänken und Geländer sowie die Beleuchtung die wichtigsten Aufwandfaktoren.

In der Kostenaufstellung sind die Reserven mit Fr. 240'000.00 oder ca. 4 % der Investitionssumme kalkuliert worden und können im Vergleich zu anderen Kreditbegehren als realistisch und "sparsam" eingestuft werden.

Die Investitionssumme von über Fr.5.7 Mio. wurde im neuen Finanzplan 2007-2011 aufgenommen. Die Finanzkommission zeigte sich überrascht, dass im alten Finanzplan 2006-2010 - trotz DUEGA-Programm - diese Investition mit lediglich Fr. 600'000.00 aufgeführt worden ist und jetzt eine Investitionssteigerung um rund Fr. 5 Mio. darstellt.

Zusammenfassend kann sicherlich festgehalten werden, dass mit diesem Kreditbegehren dem Einwohnerrat eine grosszügige und ausführliche Variante vorgeschlagen wird. Der in den vergangenen Jahren aufgestaute Nachholbedarf in Sachen Umgebungsgestaltung respektive Sanierung wird nunmehr nachgeholt und ich hoffe, dass diese Investitionen den zum Teil gewünschten Präventivcharakter erfüllen werden. Die solide Bauweise der Spielplatzgeräte soll auch sicherstellen, dass sie langlebig und vandalsicher sind.

Das vorliegende Kreditbegehren von über Fr. 5.7 Mio. setzt aber auch ein starkes Zeichen, dass der Gemeinderat gewillt ist, die notwendigen Ersatzinvestitionen voranzutreiben.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat bei einem Abstimmungsverhältnis von 6:1, der Sanierung und Neugestaltung der Umgebungen in den Schulanlagen der Gemeinde Wettingen von Fr. 5'730'000.00 zuzustimmen.

Gemeinderat Daniel Huser: Das vorliegende Kreditbegehren wurde seit längerer Zeit, in Zusammenarbeit mit der Schulpflege und den Schulleitungen erarbeitet. Auch wurden Projekte von Schülern mitberücksichtigt. Ebenfalls wurde das vorliegende Projekt in Zusammenarbeit mit einem Landschaftsarchitekten und einem Spielplatzgestalter ausgearbeitet. Der Gemeinderat unterbreitet Ihnen deshalb ein ganzheitliches und in sich abgeschlossenes Projekt und bittet Sie um Zustimmung.

Marie-Louise Reinert: Wir sind für die Investitionen. Die Schulhausplätze sind auch wichtig als grüne Lungen für die vielen Menschen in den Quartieren, die keine Gärten und Spielplätze haben. Eine solche Nutzung hat aber auch entsprechende Gefahren von Abnutzung. Deshalb sollte abgeklärt werden, wer diese Anlagen reinigt und zur Ordnung sieht. Die Abwarte der Schulhäuser können diese Aufgaben nicht einfach nebenbei ausüben.

Im Plan für die Bezirksschule ist kein Bänkli eingezeichnet. Ich sehe aber, dass der Betrag von Fr. 700'000 erst für die Jahre 2010/11 vorgesehen ist und hoffe, dannzumal werden einige Sitzgelegenheiten für die Schülerinnen und Schüler und die Bevölkerung noch Platz haben, auch wenn sie jetzt im Plan nicht enthalten sind. Sitzbänke ziehen Personen an und Personen lassen leider Abfall und Dreck zurück. Diese Probleme müssen in den Griff bekommen werden. Diese Problematik ist unabhängig vom Abwart.

Esther Elsener Konezciny: Die Vorlage betreffend Sanierung und Neugestaltung der Umgebungen in den Schulanlagen begrüßen wir. Diese Vorlage überzeugt unsere aufgrund verschiedener Aspekte:

1. Für die Entwicklung der vorliegenden Pläne sind - wenigsten teilweise - verschiedenen Anspruchsgruppen und Fachkräften einbezogen worden. Ein ausgewiesener Spielplatzbauer ist involviert, der - da gehe ich davon aus - wohl auch für die Realisierung der Pausen- und Spielplätze zuständig sein wird.

2. Die Vorlage geht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Hauptnutzerinnen und -nutzer, nämlich auf diejenigen der Kinder ein. Kinder sollen rennen, klettern, sich zurückziehen, spazieren, sitzen, toben, raufen, Kräfte messen, hüpfen und balancieren können, damit sie ihre motorischen Fähigkeiten weiter entwickeln, die Konzentrationsfähigkeit für das des Stillsitzens fördern, ihr Selbstvertrauen stärken und ein positives Körpergefühl entwickeln können. Zuwenig Bewegung ist schlecht für unsere Kinder und führt nicht zuletzt auch zu übergewichtigen Kindern.

Diese Spiel- und Pausenplatzgestaltungen haben also einen mehrfachen präventiven Charakter.

Die Stärke des Projektes ist die durchdachte Gestaltung, die sich wie ein roter Faden durch alles hindurchzieht und den Fokus auf die Bedürfnisse der Kinder legt.

3. Die Vorlage überzeugt auch, weil die Spielgeräte so gewählt sind, dass sie von mehreren Kindern gleichzeitig benützt werden können. Die Spielgeräte beseelen die Schulhausplätze und geben ihnen einen Charakter.

Ich habe noch ein paar Anregungen und Fragen zu dieser Vorlage:

1. Verschiedene Vereine nutzen in der Freizeit die Anlage des Schulhauses Altenburg, z.B. die Korbballerinnen des DTV's oder die Behindertensportgruppe. Diese brauchen eine grosse Rasenfläche, um adäquat trainieren und Turniere austragen zu können. Diese nötige Rasenfläche wird nach der Sanierung nicht mehr vorhanden sein. Frage: Welche Lösungen werden oder wurden mit dem betroffenen Verein getroffen?
2. Der Zeitplan ist für das Schulhaus Altenburg sehr eng. Nach Beginn des Umbaus steht der grosse, südliche Pausenplatz den Kindern nicht mehr vollumfänglich zur Verfügung, ebenso werden die Kinder vor allem im Haupteingang Nord ein und ausgehen. Wir regen an, dazu angepasste Sicherheitsvorkehrungen zu planen. Meine Frage ist, ob eine partielle Sperrung der Altenburgstrasse während den Pausenzeiten in Betracht gezogen wird.
3. Wir regen an, auch im Bez-Schulhaus eine minimale Gestaltung zu planen, und sowohl Tischtennis-Tische beizubehalten wie auch Nischen, um sich zurückziehen zu können und Sitzgelegenheiten für die Kinder und Jugendlichen einzuplanen. Auch grössere Schülerinnen und Schüler brauchen unserer Meinung nach solche Möglichkeiten.

Thomas Meier: Ich zitiere auch aus dem Bericht: "Für die Primarstufen sind attraktive Spielflächen mit kindergerechten Spielplatzgeräten nur beschränkt vorhanden. Sie Sportplatzbeläge sind teilweise in einem schlechten Zustand und müssen der Sicherheit wegen in absehbarer Zeit erneuert werden." Für diese Projekte sollen Fr. 5.7 Mio. investiert werden. Dies scheint auf den ersten Blick einen hohen Betrag zu sein. Der Gemeinderat hätte auch 4 bis 6 kleinere Vorlagen erarbeiten können. Mit dem vorliegenden Konzept wird der Bedarf über alle Schulanlagen klar aufgezeigt. Ein analoges Konzept wurde bereits für die Kindergartenumgebungen erarbeitet und wird zurzeit umgesetzt. Eine Abwicklung über das Budget wäre nicht in Frage gekommen. Es handelt sich somit nicht um den einfachsten, aber den transparentesten Weg.

Wir wollen nach Aussen zeigen, was uns die Schulanlagen wert sind oder eben nicht wert sind.

Es werden rund Fr. 352'000.00 in Spielplatzgeräte für 3 Spielplätze investiert. Für die Sportplatzbeläge sind es Fr. 1.5 Mio. Für die Hartplätze sogar über Fr. 2 Mio. Somit wird der grösste Teil des Kredites für die Werterhaltung der Anlagen gebraucht. Diese Investitionen sind unbestritten. Die Frage ist, was uns die wert steigernden Investitionen wert sind. Gute Spielgeräte, wie sie im Brühlpark zum Einsatz gelangt sind, gibt es in Wettingen nur wenige. Diese Spielgeräte sind aber sehr gut, werden gebraucht und sehen erst noch gut aus.

Die Schulanlagen sollen in erster Linie den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen, und erst in zweiter Linie der Allgemeinheit, sprich den Vereinen. Aber wo es Sinn macht, Esther Elsener hat es auch angesprochen, sollen Infrastrukturen für die Vereine geschaffen werden. Die Prioritäten bleiben für mich aber klar.

Fazit: Das Projekt setzt klare Prioritäten in der Werterhaltung der bestehenden Anlagen. Zudem sollen attraktive Spielflächen geschaffen und der öffentliche Raum aufgewertet werden. Die CVP-Fraktion ist deshalb klar für diese Investitionen.

Eva Lanz: Die FDP-Fraktion stimmt dem Kreditbegehren für die Sanierung und Neugestaltung der Umgebungen in den Schulanlagen zu. Es handelt sich mit Fr. 5.7 Mio. um einen sehr grosszügigen Ausbau. Entsprechend kritisch und eingehend wurde die Vorlage geprüft. Wir sind mit der Planung der Vorlage auch nicht zufrieden. Ein Betrag von Fr. 600'000.00 im Finanzplan ist jetzt auf knapp 6 Mio. angeschwollen. Planungsfehler oder ein Investitionsstau dürfen aber nicht unsere Kinder ausbaden müssen.

Unsere Schulpflegerinnen konnten uns überzeugen, dass die Aussengestaltungen in den letzten Jahren sehr bescheiden ausgefallen sind. Man hat sie zugunsten einer Gesamtlösung zurückgestellt, was vom Gerechtigkeitsgedanken her richtig ist. Es handelt sich um eine Gesamtinvestition für sämtliche Schulhäuser in einem Zeitraum von mehreren Jahren. Das relativiert die Investition natürlich. Schliesslich erlaubt die gute Finanzlage einen grosszügigen Ausbaustandard. Die Wettinger Schulhäuser, ein wesentlicher Standortvorteil unserer Gemeinde, werden aufgewertet. Unsere Kinder erhalten spannende und abwechslungsreiche Aussenräume samt Sportplätzen.

Gemeinderat Daniel Huser: Im letztjährigen Finanzplan 2006 - 2010 ist den Erläuterungen zum Investitionsprogramm folgendes zu entnehmen: "Abhängigkeit: Voraussetzung für die Ausführung ist ein Konzept, das von einer Kommission mit Mitgliedern der Schulpflege, der Bau- und Planungsabteilung und eines Fachmanns erarbeitet wird. Das Konzept dient als Grundlage zur Erarbeitung des Kreditantrags an den Gemeinderat und Einwohnerrat". Der Gemeinderat hat dies auch immer so kommuniziert. Es ist also falsch zu behaupten, es wäre keine Planung vorhanden gewesen.

Das ursprüngliche Konzept lag über dem jetzt beantragten Kredit von Fr. 5.73 Mio. Der Gemeinderat hat nach Optimierungsmöglichkeiten gesucht und Einsparmöglichkeiten gefunden. Es ist uns bewusst, dass der grösste Teil in Hartplätze investiert wird. Der Gemeinderat ist gewillt, gemeinsam mit den Vereinen und anderen Nutzern der Anlagen Möglichkeiten zu suchen, um ihnen möglichst optimale Trainingsmöglichkeiten zu bieten.

Den Hinweis betreffend die Sitzbänke werde ich als Anregungen aufnehmen und in die weitere Planung einfließen lassen.

Die Sicherheit der Schulwege wird bei allen Projekten, insbesondere beim Altenburgschulhaus, gewährleistet sein. Fachleute haben entsprechende Konzepte erarbeitet, um die Fussgänger so zu leiten, damit diese immer einen sicheren Schul- oder Arbeitsweg haben werden. Dies wird übrigens bei all unseren Bauprojekten so gemacht.

Es ist ein gutes Projekt, welches die Thematik ganzheitlich beurteilt. Ich bitte Sie, dem Kreditbegehren zuzustimmen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 43 : 1 Stimmen, 3 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Für die Sanierung und Neugestaltung der Umgebungen in den Schulanlagen der Gemeinde Wettingen wird ein Kredit in der Höhe von total Fr. 5'730'000.00 (inkl. MwSt.) bewilligt, der sich wie folgt auf die einzelnen Schulanlagen verteilt:

Schulanlage Altenburg	Fr.	1'940'000.00
Schulanlage Dorf	Fr.	1'417'000.00
Schulanlage Margeläcker	Fr.	1'646'000.00
Bezirksschulanlage	Fr.	727'000.00

9. Interpellation Stefan Signer vom 7. Dezember 2006 betreffend Cablecom; Beantwortung

Stefan Signer: Ich freue mich auf die Beantwortung meiner Fragen.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Nach Eingang der Interpellation hat ein Gespräch mit der Cablecom stattgefunden. Seitens der Cablecom wurde mitgeteilt, dass aufgrund von Verhandlungen mit dem Preisüberwacher die Preise für das Digitalfernsehen ab 1. April 2007 festgelegt wurden. Demzufolge muss für die SET-TOP-BOX pro Monat Fr. 6.00 Miete bezahlt werden. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass diese Box für Fr. 150.00 erworben werden kann. Damit erhält der Kunde Zugang zu 93 TV-Kanälen.

Im Folgenden werden die Fragen des Interpellanten beantwortet:

1. Wem gehört das Kabelnetz in Wettingen? Das Kabelnetz gehört der Cablecom.

2./3./4. In welchem Vertragsverhältnis stehen wir mit der Cablecom? Welche Alternativen gibt es zur Cablecom? Wie lange ist eine allfällige Kündigungsfrist?

Die Gemeinde Wettingen steht in keinem speziellen Vertragsverhältnis mit der Cablecom. Zwar wurde mit der Cablecom zu einem früheren Zeitpunkt ein Konzessionsvertrag abgeschlossen, dessen Erfüllung jedoch aufgrund der Änderung des Bundesrechts (Art. 35 FMG) nachträglich unmöglich gemacht wurde. Einerseits wird die Firma Cablecom nach Bundesrecht nicht mehr verpflichtet eine Konzession für die Nutzung von Grund und Boden einzuholen und entsprechende Gebühren zu bezahlen sowie die Abonnementspreise von den Gemeinden genehmigen zu lassen; andererseits sind die Gemeinden nicht mehr in der Lage, der Cablecom die exklusive Nutzung des Bodens zu garantieren.

Mit Bluewin-TV und dem Satellitenfernsehen bestehen zwei Konkurrenzangebote, zu welchen unzufriedene Kunden wechseln können.

Das EWW verlegt seit November 2004 systematisch bei allen Werkleitungserneuerungen ausreichend Leerrohre für Kommunikationsverbindungen (Eigenbedarf, Zählerfernablesung, Netzsteuerung und für Bedürfnisse allfälliger Dritter, Breitband-Datenverbindungen etc.). Es besteht somit die Möglichkeit, durch Dritte ein Netz aufzubauen oder selber zu betreiben. Es dauert voraussichtlich 10 Jahre, bis ein flächendeckendes Netz aufgebaut werden kann.

5. Mit welchen Kosten ist zu rechnen, um den Signallieferanten zu wechseln?

Da das Kabelnetz im Eigentum der Cablecom ist, kann nicht einfach ein Vertrag betreffend die Signallieferung mit einem dritten Unternehmen abgeschlossen werden. Um sich einen derartigen Handlungsspielraum zu verschaffen, müsste ein eigenes Verteilnetz aufgebaut werden. Grundsätzlich kann heute davon ausgegangen werden, dass nicht der Wert der Kabelanlage, sondern der Ertragswert der übertragenen Medien massgebend für die Bewertung eines Netzes ist. Für ein gut erschlossenes Netz muss nach Aussage der Cablecom mit einem Wert von ca. Fr. 2'500.00 pro Anschluss/Haushalt gerechnet werden, was für Wettingen über Fr. 20 Mio. ausmachen würde. Nach Berechnungen des EWW basierend auf den aktuell erfassten NIS-Netzlängen ergibt sich für ein qualitativ einwandfreies Netz nach EWW-Standard ein Investitionsvolumen von derzeit ca. Fr. 18 Mio.

6. Wie sind die Erfahrungen in Würenlos (welches ein eigenes Netz betreibt)?

Die Erfahrungen in Würenlos mit ihrem eigenen Netz sind bis zum heutigen Zeitpunkt durchwegs positiv. Die Gemeinde hat aufgrund des eigenen Kabelnetzes auch einen gewissen Handlungsspielraum. Ob auf Grund der sich künftig immer schneller wechselnden Technologien das Betreiben eines eigenen Netzes sinnvoll ist, muss zum heutigen Zeitpunkt offen bleiben. Tendenzen zeigen jedoch dahin, dass Gemeindewerke, welche über ein eigenes Netz verfügen, dieses zunehmend für den komplizierten Betrieb an Netzbetreiber abgeben. Das EWW soll aber seine bisherige Leerrohrstrategie für eigene Zwecke mit der Option eines sukzessiven Leerrohrnetzaufbaus weiter verfolgen.

7. Spielen unsere Nachbargemeinden (Neuenhof, Baden, Ennetbaden) auch mit Ausstiegsgedanken, um sich von der Cablecom zu lösen?

Im Zusammenhang mit der Thematisierung des Traktandum "Cablecom" im Rahmen der Regionalplanungsgruppe Baden Regio konnten keine solche Äusserungen festgestellt werden.

Soweit die Antworten des Gemeinderates.

Stefan Signer: Ich danke für die vorbildliche Beantwortung meiner Fragen. Es zeigt sich, dass wir die weitere Zukunft evt. selber an die Hand nehmen müssen.

Beschluss des Einwohnerrates

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

10. Motion Werner Hartmann vom 1. März 2007 betreffend Gratisabgabe von Jahresabonnementen tägi an das Gemeindepersonal; Entgegennahme

Werner Hartmann: 1. Unser Personal würde bei einem Besuch im tägi auch das Restaurant benutzen und dies fliesst wieder in unsere Kasse. 2. Wir hätten noch viel gesünderes und motivierteres Personal. 3. Jede normale Protokollführerin hätte nicht gemerkt, dass ich ihr bei meinem vorigen Votum zur Rechnung etwas unterjubeln wollte. Aber unsere Protokollführerin hat dies gemerkt und die Situation souverän gemeistert. Genau solche Leute brauchen wir in unserer Verwaltung. Ich überlege mir gerade, ob ich die Motion als Postulat umwandeln soll, damit auch die anderen Fraktionen zustimmen können.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Der Gemeinderat ist bereit, die Motion als Postulat entgegen zu nehmen. Dazu gibt es drei Gründe: 1. Personalpolitische Gründe: Die Gemeinde Wettingen möchte als attraktive Arbeitgeberin auftreten. 2. Gesundheitspolitische Gründe: Gesundes Personal ist leistungsfähiger und motivierter. 3. Wir gehen davon aus, dass die Mitarbeitenden ihre Familienmitglieder mit ins tägi nimmt. Dies kommt schlussendlich auch wieder der Einwohnergemeinde zugute.

Werner Hartmann: Ich wandle die Motion in ein Postulat um.

Thomas Meier: Die CVP anerkennt die Leistungen des Personals. Wir haben dies auch schon mehrmals erwähnt. Das wichtigste für den Mitarbeitenden ist jedoch der Lohn. Wenn der Lohn stimmt, sind andere Dinge auch nett. Doch beim Lohn liegt das Hauptinteresse. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Arbeitsplatzumgebung, damit man sich einigermaßen wohlfühlt. Aus der Erfahrung kann ich vermuten, wenn das Personal einmal ein Gratis-Abo erhalten hat, sie es auch ein zweites Mal erwarten. Ab dem dritten Mal gilt es dann bereits als Lohnbestandteil. Der Gesundheitsfaktor ist ein wichtiger Punkt. Diejenigen, die wirklich etwas machen wollen, treiben heute schon Sport und gehen ins tägi. Die anderen, die bisher nicht ins tägi gegangen sind, gehen auch nachher nicht.

Die CVP hätte die Motion klar abgelehnt. Nun wurde der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt. Es stellt sich nun die Frage, ob wir ehrlich sein sollen und auch das Postulat ablehnen sollen oder erst wenn die entsprechende Vorlage des Gemeinderates vorliegt. Die CVP-Fraktion ist ehrlich und lehnt auch das Postulat ab.

Dr. Charles Meier: Ich finde den Vorschlag von Herr Hartmann grundsätzlich sympathisch. Aber es muss ja nicht gerade gratis sein, man könnte die Abos dem Personal auch zu einem Vorzugspreis abgeben. Der Gemeinderat ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Werner Hartmann: Es müssen ja auch nicht alle Mitarbeitenden ein Abo erhalten, sondern nur diejenigen, die eines wollen. Evt. muss diese Leistung im neuen Lohnausweis sogar erfasst werden und würde somit versteuert. Wenn ich von einer sportlichen Verwaltung ausgehe, möchte vielleicht ca. die Hälfte der Mitarbeitenden ein Abo. Das kostet uns Fr. 20'000.00. Diese bringen dann wieder ihre Familienangehörigen mit, die sonst gar nie ins tägi kämen.

Pius Benz: Ich möchte den Vorschlag machen, dass künftig mit der Steuerrechnung jedem ein Gratis-Abo zugestellt wird. Davon könnte die ganze Bevölkerung profitieren. Ich selber bin schon lange nicht mehr im tägi gewesen. Mit dem Gratis-Abo könnten auch mehr Besucher ins tägi gelockt werden.

Eva Lanz: Die Fraktion FDP goutiert dieses Anliegen nicht. Wir sind der Meinung, jeder, der das Tägi besucht, Eintritt bezahlen soll. Ein Gratisabonnement an die Gemeindeangestellten kommt bei der Bevölkerung auch nicht gut an.

Thomas Bodmer: Die Steuerzahler tragen heute schon drei Viertel der Kosten im tägi. Jetzt soll auch noch das Personal vom tägi profitieren, obwohl die Mehrheit nicht einmal hier Steuern bezahlt. Die Motion ist für mich nichts anderes als ein Schnellschuss. Ich bin mir nicht sicher, ob ich den Antrag auf Nichtüberweisung stellen soll.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst grossmehrheitlich folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Der als Motion eingereichte und in ein Postulat umgewandelte Vorstoss wird abgelehnt.

11. Postulat Fraktion SVP vom 3. Mai 2007 betreffend Publikation der Fraktionsberichte auf der Homepage der Gemeinde; Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung

Dr. Charles Meier: Ich danke dem Gemeinderat für die rasche und unbürokratische Umsetzung unseres Anliegens.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Der Gemeinderat hat das Postulat erfüllt, weshalb wir gleichzeitig um die Abschreibung ersuchen.

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat wird überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

Wettingen, 22. August 2007

Für das Protokoll:

**Namens des Einwohnerrates
Präsident**

Werner Wunderlin

Protokollführerin

Sibylle Hunziker